

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

190 (17.8.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Ablagen abgeholt 6 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Restamezeile 8.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die große oberschlesische Frage

Neue Erklärungen Lloyd Georges zu Gunsten Deutschlands — Zusammentritt des Völkerbundes

Lloyd Georges im Unterhause

London, 16. Aug. Unterhaus. Lloyd George sprach heute auf die letzte Tagung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte, es habe große Genugtuung hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschlüsselung gefaßt worden sei, nach der die Allianz nicht nur fortwähre, sondern gestärkter denn je bestehe. Zur oberschlesischen Frage betonte er, sie sei durch Beimischung anderer Elemente verwickelt gemacht worden, die sie zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Weite Kreise in Frankreich glaubten, daß die Wegnahme der Kohlen- und Eisenerze von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Er halte dies für einen Irrtum. Schließen sei keine polnische Provinz. Der Fünftel der Bevölkerung sei deutsch mit einer recht beträchtlichen polnischen Beimischung nach der Grenze hin. Die Auseinandersetzung habe sich um das bedeutende Industriegebiet gehandelt. Dort habe es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit. Die industrielle Entwicklung, das Kapital und die Bevölkerung seien deutsch, jedoch nach dem Prinzip ein Mann — eine Stimme das Gebiet Deutschlands zuzulassen müßte.

Lloyd George erklärte weiter, es sei nicht seine Aufgabe, dem Völkerbundsrat zu diktieren, wie er sich mit dem Problem befassen soll, er nehme jedoch an, daß der Rat nicht versuchen werde, sich selbst damit zu befassen, sondern daß er die oberschlesische Frage entweder an einen Ausschuss von Juristen oder an einen Schiedsrichter verweisen wird. Es sei sehr wichtig, daß bevor etwas unternommen werde, Frankreich, Italien, Japan und Groß-Britannien sich verständigen, die Entscheidung dieser vom Völkerbundsrat ernannten Körperschaft anzunehmen. Die Parteien würden zweifellos vor dem vom Völkerbund ernannten Tribunal erscheinen. Die Frage würde auf Grund der fundamentalen, dokumentarischen Beweismittel verhandelt und das Urteil würde in der gewohnten Weise gefällt werden. Die oberschlesische Frage sei die wichtigste, die bisher an den Völkerbund verwiesen worden sei, dessen Ruf, Stellung und Einfluß zweifellos beträchtlich steigen würde, wenn er dieses außerordentlich verwickelte Problem erfolgreich behandelte.

Die erste Sitzung des Völkerbundsrates wahrscheinlich am 20. August

Rom, 16. Aug. Der Völkerbundsrat dürfte schon am 20. Aug. seine erste Sitzung halten. Die italienische Regierung hat ihren Standpunkt in der Frage der für Deutschland eintretenden Kontrollkommission dahin festgelegt, daß das Mandat der Kommission in dem Augenblick erlöschen müßte, wo die Oberaufsicht von dem Völkerbund übernommen werden könne.

Korfanthy will in das Abstimmungsgebiet

Brüssel, 16. Aug. Korfanthy ist nach nur ganz kurzem Aufenthalt in Warschau, wo er mit dem Ministerpräsidenten Witos über seine Pariser Mission konferierte, im polnischen Auswärtigen Amt in Sosnowice eingetroffen und hat die Führung wieder übernommen. Schon in den nächsten Tagen wird Korfanthy das Abstimmungsgebiet bereisen, um die polnische Bevölkerung über die Verhandlungen aufzuklären und sie angeleitet zu beruhigen. Die Einreise in das Abstimmungsgebiet wurde ihm bisher nur von den Franzosen gestattet. Die Engländer und

Italiener haben abgelehnt und mit sofortiger Ausweisung gedroht, falls Korfanthy dieses Gebot nicht beachtet.

Eine polnische Note an die Mächte

Paris, 16. Aug. Nach einer Sabotageaktion aus Warschau hat die polnische Regierung den Vertretern der Mächte in Warschau eine Note überreicht, deren Inhalt infolge der Entscheidung des Obersten Rates bezüglich Oberschlesien im Ministerrat beschlossen worden sei. Der Inhalt dieser Note sei noch nicht veröffentlicht. Man wisse nur, daß die polnische Regierung erklärt, daß die unerwartete Entscheidung des Obersten Rates in Polen Erregung hervorruft, weil das eine neue Vertagung der Lösung des oberschlesischen Problems sei. Die polnische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit der Mächte auf die möglichen Folgen einer neuen Vertagung.

Waffenjuchungen bei Polen

Brüssel, 16. Aug. Im Kreise Brüssel fand von englischer Seite eine Waffenjuchung bei den Polen statt, die ein überraschendes Ergebnis hatte. Mehrere Polen, bei denen große Waffenlager gefunden wurden, sind verhaftet worden.

Ein Aufruf an die polnisch-oberschlesische Bevölkerung

Brüssel, 16. Aug. Die an die polnische Auslandsorganisation angegliederte Hilfsorganisation des polnischen Selbstschutzes der Hülsen-, Getreide- und Eisenbahnarbeiter, zu der auch der Verband der ehemaligen Kaiser-Soldaten gehört, hat einen „Zu den Waffen“ betitelten Kampfruf an die polnische oberschlesische Bevölkerung erlassen mit der Aufforderung, sich den Pariser Beschlüssen nicht zu fügen und sich erneut um die Forderung des Aufrufes zu scharen und mit den Waffen in der Hand den englischen, italienischen, deutschen Vertragspartnern ein Ende zu bereiten.

Der Temps zur Völkerbundstagung

Paris, 17. Aug. Der „Temps“ stellt heute den Grundgedanken auf, daß die Anrufung des Völkerbundsrates über den Verlauf der oberschlesischen Frage von den Entente-Mächten von vornherein angenommen werden müßte. Das Urteil des Völkerbundsrates wäre demnach für die Entente dringend. Um sich jedoch vor Übererregungen des schiedsgerichtlichen Urteils zu schützen, hält der „Temps“ in der Einmütigkeit des Urteils fest, eine Voraussetzung, die nach dem Friedensvertrag aus richtig anzusehen ist.

Neue Angriffe der Polen

Breslau, 17. Aug. In der Nacht zum Sonntag kam es an der Grenze zu einem Feuergefecht mit regulären polnischen Truppen, denen es gelungen war, durch eine umfassende Bewegung die beiden Dörfer zu nehmen. Nach herbeigeeilten deutschen Streitkräften gelang es, nach heftigem Angriff die Polen über die Grenze zu treiben. Die Polen hatten 24 Tote und eine Anzahl Verwundete. Berlin, 17. Aug. Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet, griffen in der Nacht zum Sonntag starke polnische Infanterieabteilungen die Grenzstadt Landsberg an. Ferner unternahm polnische Banden in der darauffolgenden Nacht einen Angriff auf das Grenzort Spernak. Beide Vorstöße scheiterten an der Wachsamkeit der Besatzung.

Aufhebung der Sanktionen

Berlin, 16. Aug. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris eine Note über Aufhebung der Sanktionen durch den Obersten Rat übermitteln lassen, in der es heißt:

Diese Entscheidung ist von folgenden, vorher von Deutschland anzunehmenden Bedingungen abhängig:

Es wird eine interalliierte Stelle geschaffen, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird bei Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die Waren betreffen, deren Empfänger oder Absender Firmen des auf Grund des Versailler Vertrags besetzten Gebiets sind.

Die deutsche Regierung erkennt die Schuldigkeit der Handlungen, die Bedingung der Dauer der Sanktionen, die auf Grund der Verordnung vorgenommen worden sind, die die interalliierte Rheinlandskommission in Ausführung der auf der Londoner Konferenz im März 1921 getroffenen Entscheidungen erlassen hat.

Die interalliierte Rheinlandskommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung des Bevollmächtigten der italienischen Regierung Ausführungs- und Überwachungsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, die sich auf die vorgenommenen Entscheidungen, sowie auf die Verwendung der vereinnahmten Gelder und Prüfung der geleisteten oder noch zu leistenden Ausgabebestimmungen beziehen.

Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die oben erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuß, der seine Vorschläge vor dem 1. September seinen Regierungen zu unterbreiten hat. Der Sachverständigenausschuß wird möglichst bald in Koblenz zu-

sammentreten und sich dort mit den deutschen Delegierten beraten.

Der große Schwächer

Eine Tannenbergerfester in Königsberg gab am Sonntag General Ludendorff wieder einmal Veranlassung, mit aller Deutlichkeit seinen Mangel an Takt und Zurückhaltung zu offenbaren. Dieser Mann, bei dem man nicht weiß, ob seine Gewissenlosigkeit mehr zu beurteilen oder sein Mangel an politischem Blick mehr zu beklagen ist, bringt immer aufs neue den Beweis, daß die Novemberrevolution gegen die Schädlinge des Volkes mit einer geradezu ergreifenden Wildheit verfahren ist. Doch der Kriegsgehe, die der General wieder betrieb, setzte das Proletariat Königsbergs in gewaltigen Demonstrationen seinen machtvollen Friedenswillen entgegen. Der militaristische Kriegsschrei gegenüber muß immer wieder die Parole: Nie wieder Krieg ausgegeben werden.

35 Millionen Hungernde

London, 16. Aug. Im Unterhaus hat Ramsdell den Bericht des offiziellen Vertreters Großbritanniens über den Umfang der Hungersnot in Rußland mitgeteilt. Dieser schätzt, daß ungefähr für 35 Millionen Hungernde Hilfe nötig sei. Lloyd George sagte, daß die britische Abordnung für das Internationale Hilfskomitee, das vom Obersten Rat gebildet werden soll, zweifellos in Kürze ernannt werden wird.

Französische Manöver auf ehemaligem deutschen Gebiet

Paris, 17. Aug. Die großen französischen Manöver, die infolge der großen Hitze nicht stattfinden sollten, finden nunmehr auf Befehl des Kriegsministeriums doch statt und zwar werden sie in der Pfalz, im Saargebiet und in Elsaß-Lothringen abgehalten werden.

Republik von Feindes Gnaden?

„Der Fluch der roten Republik ist ja, daß sie mit Hilfe des Feindbundes gegründet wurde und nur durch französisch-englische Gnade sich behaupten kann.“

Das ist allerhand. Man muß sich beim Lesen der „Kreuzzeitung“ von jeher immer auf einiges gefaßt machen, aber mit dem Satz, die deutsche Republik sei eine Republik von Feindesgnaden, hat sich das Blatt wirklich selbst übertroffen. Schon vor dem Krieg war man sich in England darüber klar, daß eine Niederlage Deutschlands den Sturz der Hohenzollern und ein Anwachsen der Sozialdemokratie mit sich bringen mußte. Man fragte sich in England: Ja, kommt man mit dem Sturz der Hohenzollern nicht vom Regen in die Traufe? Die Ereignisse kamen und der englische Kapitalismus mußte wohl oder übel mit dem Kriegsausgang auch die schlechteste der Medaille mit in Kauf nehmen.

Und Frankreich? Bergeblüh bohren die deutschen nationalen Blätter an der von Dr. Preuß am Verfassungstag im „Berliner Tageblatt“ betonten Tatsache herum, daß dem französischen Militarismus die deutsche Republik noch größeres Unbehagen bereitet als das kaiserliche Deutschland. In Frankreich sind sich die Mißgunstigen darüber klar, daß die deutsche Republik und ihre Verfassung, wenn sie sich erst einmal voll durchgesetzt haben, ein einigermaßen stärkeres Deutschland schaffen werde. Wer lächelt mit dem Partikularismus in Deutschland? Die Tage, in denen die bayerische Außenpolitik den Franzosen so viel Hoffnungen machte, sind noch nicht ganz vergessen. Die französische Reaktion wird es mit Freuden begrüßen, wenn in Deutschland die Reaktion die verschiedenen Potentaten wieder auf die verdrängten Throne und Thronchen setzt. Das Gezer und Gezinkt um die Rechte der einzelnen Dynastien würde Frankreichs Militaristen einen großen Teil ihrer Sorge abnehmen.

Weber England noch Frankreich haben die deutsche Republik gewollt. Sie wollten Niederlage und Beute. Die Republik war eine unermessliche Folge des Zusammenbruchs. Wenn vom Ursprung der Republik die Rede ist, dann müssen sich die Herren aus der Rechten selbst bei der Nase nehmen. Sie und niemand anders, auch nicht der russische Kubel, waren die wirklichen Schrittmacher der deutschen Republik. Die Monarchie war banterot, also verdrängte es Deutschland einmal links herum mit der Republik.

Gerade in dem Augenblick, wo die Blätter der Rechten das neue Lügenmärchen über die Republik von Feindes Gnaden neu folportieren, veröffentlicht ein gewisser Herr Fischer in München eine Schrift, betitelt: „Der Kommunismus in München“ (Verlag Heimatland München). Vielleicht lesen die deutschnationalen Legendendichter einmal in dieser Broschüre nach, wie es in Bayern zum Zusammenbruch kam. Nicht Kurt Eisner machte die Revolution in München. Die Revolution war längst reif, überreif, als Eisner das Steinechen der Lawine ins Rollen brachte, der feilsche Zusammenbruch des bayerischen Völkchens und Bayernums beherrschte die Revolution und die Republik.

Die Legendendichter werden vielleicht einwenden: Schön, wenn Herr Fischer selbst sagt, daß der feilsche Zusammenbruch des Bürgerturns die Revolution brachte, so wird das wohl stimmen. Aber warum völliger Umsturz, warum nicht lediglich Reform an Haupt und Gliedern?

Auf diese Frage, die manches bürgerliche Gemüt in Deutschland heute noch immer quält, gibt ein gewisser Herr Heinrich Claf in der „Deutschen Zeitung“ eine bindige Antwort. Heinrich Claf weiß, daß es alte Sünden sind, die den militarischen Banterot Ludendorffs in eine volle Katastrophe verwandelten und naturnotwendig zur Republik führen mußten.

Heinrich Claf weist auf die fürchterlichen großen Fehler hin, die das deutsche Volk seit den Befreiungskriegen heimlich taten. Er stellt fest, daß die Spitzen des preussischen Staates in entscheidender Stunde nicht nur nichts taten, um die Erziehung des politisch gewordenen Bürgerturns in die Hand zu nehmen und weitsehend zu leiten, sondern daß sie dessen beweglichere Schichten geradezu vom Staate wegtrießen. Was daraus im Laufe eines Jahrhunderts geworden ist, wissen wir heute. („Deutsche Zeitung“ Nr. 352.) Und für die spätere Zeit, in der die Industriearbeiterschaft in den Vordergrund der Politik tritt, stellt Heinrich Claf folgenden fest:

„Kein Zweifel, die Arbeiter des emporstrebenden neuen Großgewerbes waren wirtschaftlich sowie sittlich-gemüht in schwerster Lage, und hier beginnt gegenüber dieser neuen Schicht die unbestreitbare Schuld, in die der Staat und das ältere Bürgerturn sich teilen. Von beiden geschah nichts, Zureichendes, um die Angehörigen des „vierten Standes“, mit ihrer Lage zu verbessern, sie wirtschaftlich emporzuheben zu sichern, sie sittlich und geistig zu fördern und bei der Sache des Vaterlandes zu halten.“

Und was hier der deutsche nationale Herr Heinrich Claf vom preussischen Staat und vom älteren Bürgerturn erzählt, genau das gleiche stellt niemand anderes als die

Seite 1
nd
rohenden Ges
eine Revision
die das Ergab
folgende An
8 Perseus
sind kommunal
ete nicht mehr
en, die Unent
en. Es wur
ubel, für einen
ische (16 Kilo)
rassenabfuhr
er wurde auf
lich: für Kr
ermann Kabe
olitik, Aus der
Winter; für
s Bau, Genof
Josef Giese;
in Karlsruhe.
el 1 u. mehr
at. 1.30 die
as Anstalt
Diensttag und
ppischen Bier
Bezirkt Rint
Verfamm
5548
gen Mittwo
im ähigen
nden Aufgab
angemeldet,
er Vorstand.
den 16. Aug.
Erreichen
5544
eff
5544
de
berlehrs mit
in Aue ein
dem ins
von polize
wie von An
Angelegen
standesamti
Gemeinde
der Bezirk
der Kerner
en Bahnhof
ist borge
terrichs in
Waffenk
aufkommis
berzeitigen
es vom Ge
Gemeinde
den weiteren
1855
gen.
teilnehmer
die Anzug.
ifantischen
hm. 4 Uhr,
Rastatt für
5553
rkand.
l.
gust 1921.)
gewählter
wird Krichen
die verfahren
für die Res
berufen. 188
ng.
in Zeitungen
machung des
nach beschl
skommissar
weiterhin zu
in gewer
nischen und
nliches Büro
Bestimmung
es erfolgen
annten Ber
enehmigung
u. Inwider
ung der Ber
das Bezirks
1857

deutsch-nationale Zeitschrift "Tradition" vom jüngeren und vom allerjüngsten Bürgertum fest. Die "Tradition" schreibt:

Am oberen Beamtentum, selbst in der Generalität, von den zukünftigen Politikern der Parlamente gar nicht zu reden: welche Verfolger, sobald es sich um die Übernahme von Verantwortlichkeiten, um den Willen zur Führung und zum Handeln drehte. Niemals wären wir trotz dem 9. November dahin gekommen, wo wir heute stehen, wenn in den zur Führung des Volkes berufenen Kreisen und Schichten der Wille lebendig gewesen wäre, diese Pflicht mit dem daraus resultierenden Verantwortlichkeiten ernstlich zu übernehmen.

Eine konservative Kritik an der heutigen Gesellschaft

Der bekannte konservative Karlsruher Publizist, Herr Adam Röder, läßt in seiner Korrespondenz u. a. diese Kritik an der heutigen Gesellschaft. Von Einzelheiten abgesehen, stimmen wir ihm zu:

Die Zwangswirtschaft geht ihrem Ende entgegen, auch auf dem Gebiet der Brotverforgung. Ich brauche es hier nicht zu wiederholen, daß ich immer ein Gegner der Aushebung der Zwangswirtschaft gewesen bin. So wie sie freilich in den letzten Jahren geübt wurde, war sie nicht zu halten. Die Gemeinheit der Menschen, ihre schamlose Erwerbssucht, ihre rücksichtslose Gewinnlust, verbunden mit einem perfiden Handelsgeist, machten das Fortbestehen der Zwangswirtschaft unmöglich. Bei einem Qualitätsgehalt von nur 50prozentiger "deutscher Ehrlichkeit" hätte sich mit der Zwangswirtschaft großes erzielen lassen. Alles hätte sich ihr freiwillig fügen müssen. Aber der Egoismus beherrscht triumphierend das Feld. Alles was nicht produziert und nicht handelt, oder sonst nicht die Klinte des Verdienens "in die Hand nehmen kann", muß sich dem Wuchspruch des Egoismus unterordnen: Hunderttausende von Arbeitern, dann: Beamte, Akademiker, freie Berufe, Rentner, Witwen und der gesamte geistige Mittelstand; sie bilden das Operationsfeld, auf dem für die Akteure des Egoismus Tribute geleistet werden müssen. Man sehe sie nur an: die glänzlich Besessenen, bis zum maßfertigen Marktwert herunter, wie sie diffidieren, befehlen, herrschen, rücksichtslos einsehen, was sich ihnen an "Gewinn" darbietet. Die Zwangswirtschaft hätte unsere Rettung sein können, wenn mehr Ehrlichkeit im Volke vorhanden gewesen wäre. Es ist eben leicht, von nationaler Gesinnung, Patriotismus, Selbstbehauptung, Gut und Blut fürs Vaterland, von nationaler Ehre und nationalem Widerstand zu reden, aber offenbar sehr schwer, auf 100, 1000, oder 100 000 Mark Gewinn zu Gunsten der nationalen Wirtshüter zu verzichten.

Wenn der Egoismus, das Verdienen in Frage kommt, dann schweigen alle Helden, die Fanfare des Patriotismus verkünden am ersten.

Es ist ein schlechter Trost, daß es bei andern Völkern auch so ist. Wenn der Herr Generaldirektor des Bergwerks E mit Gehalt, Tantiemen und Extravergütungen nicht 50-150 000 M. im Jahr verdienen kann, geht er. Also kann man das Vergewalt nicht verstaatlichen, denn ohne den "Kopf" des Generaldirektors "geht das Geschäft nicht". Und deutsche Zeitungsführer, Politiker und Arbeiterführer sind dumm oder profitstierig genug, und glauben an diesen ungeheuren Schwanz, den frechsten, den schamlosesten Großkapitalismus je gemacht hat. "Nachminister", die vielberufenen, konnten wir vor Jahresfrist nicht bekommen, weil die Herren, die der Großindustrie, oder der Großfinanz angehörten, 4-500 000 M. Gehalt verlangten. Milchhändler der Großstädte "verdienen" ohne jedes Risiko bis 150 M. täglich; in 4 Stunden beliefern sie die Kunden mit dem zugewiesenen Stoff. Viele Tausend von Kleinrentnern verdienen ungeheure Summen täglich, denn alles Obst wandert in den "Kesseln", denn Deutschland braucht Schnaps.

Seit Wochen lagerte eine Sibe über Flur und Feld, die die Ernte in vielen Gegenden in Frage stellte. Es ist zwar nicht so schlimm, wie von allerhand profitstlichen Pessimisten behauptet

wird, denn vor 5 Wochen war der Stand der Früchte so gut, wie noch selten. Nun hat freilich die Sibe viel verborben. Wenig erzählt mir ein Mann, der in bedingter Weise in der Offenheit steht und auch auf sie einwirkt: "Ich kam aus dem Krieg zurück, natürlich links gerichtet, wie alle". Heute ist der Mann ein Heerführer nach "rechts". Aber es ist zu spät. "Links gerichtet", das waren sie eben alle. Auf den Kaiser schimpfen, auf den Reutnant, auf den Junker, auf die Pfaffen - zärtliche Fürsorge dagegen für alles, was im literarischen, im künstlerischen, im kulturpolitischen "links" ist und auf Herstellung hinausläuft - das war das große Programm der antriebenen Bourgeoisie; Hunderttausende von ihnen haben als Willkürer sozialistische Stimmzettel abgegeben und ein Teil ihrer Parteien hat sich mit den Sozialdemokraten zu Groß- und Kleinblöden vereinigt. Jetzt, da die Sache anfängt, praktisch zu werden, da die "Sozialisierung" droht und der Rest fest angepaßt werden soll, hat man die "Linksrichtung" abgegeben, man ist jetzt deutsch-national-völkisch-antifemistisch und möchte die Reichswehr am liebsten gegen die Sossen marschieren lassen, um sie niederzufaktieren."

Aus der Schweiz

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz - Der Lohnabbau Die Teuerung - Die gefährdete Einheitsfront

Te. Basel, 15. Aug. Es ist trotz aller Besserungen und Einbuhrbeschränkungen noch nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit in der Schweiz auch nur im geringsten einzudämmen. Die Grenzen gegen Deutschland sind ganz hermetisch verschlossen und es wird alles zurückgewiesen, was nur irgend nach deutschem Produkt riecht. Aber der Arbeitslosigkeit in der schweizerischen Industrie hat man noch nicht Einhalt geboten. Von den 861 470 schweizerischen Arbeitern, welche in Betrieben beschäftigt sind, die dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstellt sind, sind 36 Prozent von der Arbeitslosigkeit betroffen. Von 18 545 Fabrikarbeitern in Basel sind 7736 ganz bzw. teilweise arbeitslos; Baselstadt hat 5545 Fabrikarbeiter, von denen 5451 ganz oder teilweise arbeitslos sind. Von 24 241 Arbeitern des landwirtschaftlichen Industriegebietes sind die Hälfte arbeitslos. Im Kanton Aargau sind von 30 789 Arbeitern nur ein Sechstel arbeitslos. In den Kantonen Bern, Luzern, Thurgau und Schaffhausen beträgt 20 081. In den Kantonen St. Gallen und Appenzell, dem Zentrum der schweizerischen Lederindustrie sind zwei Drittel von der Arbeitslosigkeit erfaßt. Im Kanton Zürich sind von 78 927 Arbeitern 4610 gänzlich und 25 376 teilweise arbeitslos. In den Kantonen Bern, Luzern, Thurgau und Schaffhausen sind ein Drittel der Arbeiter von der Krise der Arbeitslosigkeit betroffen; in Gené, Tessin und Schwyz und Zug beträgt die Zahl der Arbeitslosen ein Viertel der dafelbst beschäftigten Arbeiter. Auffallend wird bemerkt, daß die Kleinbetriebe von der Arbeitslosigkeit kaum merklich betroffen sind. Die Ausgaben für die Arbeitslosen werden sowohl den Kantonen wie den Bundesbehörden drücken und das Volkswirtschaftsdepartement hat bereits an die kantonalen Verwaltungen ein Schreiben gerichtet, in welchem eine Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung gegenüber den in den einzelnen Kantonen niedergelassenen Ausländern empfohlen wird. - Grundfänglich werden auch jetzt schon nur Ausländer unterstützt, deren Heimatländer gegenüber den Schweizern Gegenrecht halten, was unseres Wissens in Baden der Fall ist. Wollte die vom schweizerischen Volkswirtschaftsrat vorgeschlagene Einschränkung Platz greifen, so müßte das von schlimmer Rückwirkung für die arbeitslosen Schweizer in Baden werden, um dies zu vermeiden. Daß man der Schweiz nicht zumuten kann, die ausländischen Arbeitslosen zu unterstützen, wenn deren Heimat nicht Gegenrecht hält, wie dies bei Italien der Fall ist.

Aus einer Reihe schweizerischer Städte kommen Nachrichten, daß dafelbst die Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Industrien ganz erhebliche Lohnkürzungen angelündigt sind. Angesichts der neuen Teuerungswelle wird der Lohnabbau von Arbeitgebern und Arbeitern zur Zeit abgelehnt und man will es selbst auf einen Streit ankommen lassen, wenn die Unternehmer auf ihrem Willen beharren sollen.

In der Basler Arbeiterkammer waren seit einiger Zeit Beratungen im Gange, trotz der politischen Scheidung wenigstens eine gewerkschaftliche Einheitsfront herzustellen und in Basel war man bereits auf dem besten Wege dazu. Aber die Gegendemonstration vom 1. August hat die Einheitsfrontbestrebungen beeinträchtigt und nun ist es in der Basler Arbeiterkammer zum offenen Konflikt in dieser Frage gekommen, welche zur Folge hatte, daß der derzeitige Präsident der Arbeiterkammer, Regierungsrat Schneider das Präsidium niederlegte. Die Folge dürfte eine erweiterte Kluft zwischen sozialdemokratisch und kommunistisch-reformierten Arbeitern sein.

Badische Politik

Die Wassertrastanlage bei den Triberger Wasserfällen

Nachdem vor einigen Monaten auf Wunsch der technischen Staatsbehörden von der Stadtgemeinde Triberg beschlossene worden war, an der Stelle für die zukünftige große Staumauer bei Schönwald, den festen Baugrund durch Aufgrabung zu ermitteln, sind die hierfür erforderlichen Arbeiten in der letzten Zeit durchgeführt worden. Die Schürfsarbeiten haben ergeben, daß die Untergrundverhältnisse weit günstiger waren als man anfänglich gehofft hatte. Schon in drei Meter Tiefe zeigten sich die ersten Anzeichen für das baldige Einsetzen des festen Felsens. Die weitere Untersuchung ergab, daß der Fels auch nach unten hin tatsächlich den erhofften Erwartungen entspricht. Der Grant ist durchaus gesund und riefert und es spricht nichts dagegen, daß er in dieser Struktur bis in die allergrößten Tiefen des Erdinnern hinunterreicht. Landesgeologe Dr. Schnarrenberger konnte in Gegenwart des Entwurfsbearbeiters Dipl.-Ing. Karl F. L. Karlsruher dieses zufriedenstellende Ergebnis bestätigen. Man entschloß sich aber zur Herstellung einer zweiten Probegrube. Der Gedanke der Ausführung des großen Werkes beginnt somit jetzt eine recht greifbare Form anzunehmen. Es steht zu erwarten, daß noch im Laufe dieses Sommers einige weitere Vorarbeiten von weittragender Bedeutung durchgeführt werden können. Das Triberger Projekt ist hinsichtlich der Kraftzeugung für den mittleren Schwarzwald von so übertragender Bedeutung, daß alles daran gesetzt werden muß, es zur Verwirklichung zu bringen. Was in Wasserwirtschaftlicher Hinsicht das Hauptziel für das nördliche Baden und das in Aussicht genommene Schlüsselfeld Wert für das südl. Baden bedeutet, das wird für das mittlere Baden das Triberger Werk sein. Wenn diese drei großen Werke in Zukunft als regulierbare Spitzenwerke mit den unregulierbaren Wasserkräften am oberen Rhein und am Neckar zusammenarbeiten, dann wird dadurch eine Anlage geschaffen, die in volkwirtschaftlicher Hinsicht durch nichts anderes überboten werden kann. Man darf also hoffen, daß die weitere Behandlung der Triberger Angelegenheit sich auch weiterhin in günstigen Bahnen bewegen wird.

Bewerkschaftliches

Jugendkonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Auf den 18. und 19. August hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nach Kassel einberufen, für die folgende Tagesordnung vorgelesen ist: 1. Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung; 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen; 3. Bildungsfragen; 4. das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung; 5. zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen.

Eine solche Konferenz tritt zum erstenmale zusammen, nachdem die grundsätzliche Richtung der gewerkschaftlichen Jugendpflege bereits der 6. Gewerkschaftstongress im Jahre 1903 zu Hamburg festgelegt hat. Die damals angenommene Resolution des Generalsekretärs Robert Schmidt stellt die Förderung von Bildungsbestrebungen insbesondere zur Festigung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zur gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit, daneben aber auch Veranstaltungen zur Unterhaltung und Gesselligkeit, Sport und Spiel mit in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften.

Diese Resolution, gemäß der bisher in der gewerkschaftlichen Jugendpflege gearbeitet worden ist, dürfte, wie es in einem Artikel des "Korrespondenzblattes" des A.D.G.B. heißt, auch heute noch als brauchbarer Grundgedanke des notwendigen Weiterarbeitens anzusehen sein. Aber es gelte, der besonderen Entwicklung der allgemeinen Jugendbewegung Rechnung tragend, über den Rahmen der alten Betätigung hinaus neue und noch in einzelner gehende Formen und Wege festzulegen. Daneben werden als wichtige Punkte auch die Lehrtätigkeit und die Durchsicherung des Reichsjugendgesetzes und durch dasselbe allgemein zu schaffen zu werden in der Kreis der Beratungen einzubeziehen sein. Wir werden über die Tagung am Schlusse zusammenfassend berichten.

Aus der Partei

Sobenerweiterung, 15. August, Donnerstag, 18. August, abends 9 Uhr findet im Gasthaus "Zur Anne" eine Parteiverammlung statt, wozu vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen nötig ist. Die Tagesordnung wird vor Beginn der Versammlung bekannt gegeben. Am Freitag, 19. August findet eine Bürgerauschussung statt.

Manon Lescaut

24 Roman von A. F. Préboist (Fortsetzung.) Zweiter Teil

Es erfüllt uns mit Bewunderung, wenn wir beobachten, wie die göttliche Vorsehung die irdischen Ereignisse miteinander verflocht. Wir hatten kaum ein Dubend Schritte zurückgelegt, als ein Herr, dessen Gesicht ich nicht sehen konnte, Manon erkannte. Jedenfalls hatte er in der Nähe seiner Wohnung auf ihn gelaufen, um seinen Plan ausführen zu können. Du bist Lescaut! rief er aus, indem er einen Schritt auf ihn abwarf. Du kannst heute abend mit den Engeln im Himmel souperieren! Im Nu war er entflohen. Lescaut lag ohne Lebenszeichen an der Erde. Ich beredete Manon, zu stehen, da unser Bekannter hier nichts mehr helfen konnte, und wir der Gefahr ausgehelt waren, von der nächsten Patrouille, die bald kommen mußte, verhaftet zu werden. Von dem Wärtter gefolgt, wendeten wir uns in die nächste kleine Quergasse. Manon war so entsetzt, daß sie Mühe hatte, sich weiterzuschleppen. Endlich erfaßten wir am Ende der Gasse einen Pfleger. Wir stiegen ein; als der Kutscher aber fragte, wohin er uns zu fahren habe, wußte ich nicht, was antworten. Ich hatte weder ein sicheres Ziel noch einen vertrauten Freund, bei dem ich vertrauensvoll Hilfe suchen durfte. Zudem war ich ohne Geld, da ich nur eine halbe Pistole in der Tasche trug. Manon war fast leblos vor Schreck. Meine Gedanken waren noch mit Lescauts Ermordung beschäftigt und mit der Angst vor der Patrouille. Was beginnen? Glücklicherweise erinnerte ich mich an den Gasthof in Chaillot, wo ich einige Tage mit Manon zugebracht hatte, als wir dort Wohnung suchten. Dort hoffte ich nicht nur in Sicherheit zu sein, sondern auch einige Zeit Wohnung zu finden, ohne wegen der Bezahlung gedrängt zu werden. Führe uns nach Chaillot, sagte ich zu dem Kutscher. Nun wendigte er sich, weniger für die nächste Fahrt zu nehmen als eine Pistole. Neue Verlegenheit! Endlich begnügte er sich mit sechs Frank: alles Geld, was ich bei mir hatte.

Unterwegs tröstete ich Manon, während ich selbst verzweifelte. Hundertmal hätte ich meinem Leben ein Ende gemacht, wäre nicht das einzige Wesen an meiner Brust gelegen, das mir das Leben teuer machte. Der Gedanke an sie gab mir Kraft. Benignitäts habe ich Manon wieder! sagte ich mir. Sie liebt mich - sie ist mein! Eberge hat gesendet; dieses Glück ist

keine Schmeißel! Mag das ganze Universum um mich her zugehen, was kümmert mich?! Mein Leben, meine Liebe wurzeln hier!

Meine Empfindung war aufrichtig. Aber während ich die Güter der Welt mit solcher Geringschätzung behandelte, wünschte ich doch einen kleinen Teil derselben zu besitzen, um den Rest noch gründlicher verachten zu können. Die Liebe ist stärker als der Luxus, der Reichtum und alle Schätze der Erde, aber sie bedarf derselben als Hilfsmittel, und nichts ist quader für einen gartfüßelnden Liebenden, als sich durch dieses "Musch" zu der Noheit gemeiner Seelen hinabgezogen zu sehen.

Wir kamen um elf Uhr in Chaillot an. Im Gasthose nahm man uns an wie Leute, die man kennt. Daß Manon in Männerkleidern erschien, schte niemand in Erwähnung, denn man ist in Paris und dessen Umgebung daran gewöhnt, die Frauen in allerlei Gestalten auftreten zu sehen. Ich ließ sie so gut bedecken, als befände ich mich noch in den besten Verhältnissen. Sie wachte nicht, daß ich schlecht bei Kasse war, und ich hüte mich, sie davon zu unterrichten, in der Absicht, am nächsten Tage allein nach Paris zurückzukehren, um ein Heilmittel gegen diese fatale Krankheit zu suchen.

Mein Souper fand ich sie bleich und abgemagert. Im Hospital hatte ich das nicht bemerkt, da ihr Zimmer sehr dunkel war. Ich fragte, ob diese Blässe noch von dem Entsetzen über das järe Ende ihres Bruders herrühre. Manon versicherte mich, so heftig ihr Schreck auch gewesen sei, die Ursache ihres leidenden Aussehens liege in der dreimonatigen Trennung von mir. Du liebst mich also sehr? rief ich aus. - Tausendmal mehr als ich sagen kann! entgegnete sie. - Du wirst mich also nie mehr verlassen? fügte ich hinzu. - Nein, nein, niemals! Sie betraufte diese Versicherung mit so viel Schwüren und Liebschüngen, daß ich es für eine Unmöglichkeit hielt, sie könne dieselben je vergehen. Ich war stets von ihrer Aufrichtigkeit überzeugt; welche Ursache hätte sie auch gehabt, sich so zu verstellen? Aber sie war wieder flatterhaft, oder besser gesagt, sie war nichts, sobald sie sich anderen im Ueberflusse lebenden Frauen gegenüber in Armut und Not sah. Ein neuer Beweis dieser Tatsache stand mir nahe bevor, ein Beweis, der alle anderen übertraf und das merkwürdigste Erlebnis herbeiführte, was je einem Manne meiner Geburt und meiner Stellung zustieß.

Da ich diese ihre schwache Seite kannte, eilt ich am nächsten Morgen nach Paris. Hierzu boten mir der Tod ihres Bruders und unser Bedürfnis nach Wäsche und Kleidung so triftige Gründe, daß ich keines weiteren Vorwandes bedurfte. Wie ich Manon und dem Wirt sagte, wollte ich einen Waagen suchen, der mich

nach Paris brachte, doch war das eille Brauterei, da ich gezwungen war, den Weg zu Fuß zurückzulegen. Ich ging schnell bis nach Cours-la-Reine, wo ich eine Weile bleiben wollte; bedurfte ich doch einiger Zeit der Einsamkeit und Ruhe, um mich zu sammeln und zu überlegen, was ich in Paris unternehmen sollte.

Indem ich mich auf dem Rasen niederließ, verfant ich in ein Meer von Ideen, Ermägungen und Berechnungen, die sich fast alle um drei Hauptpunkte drehten. Ich bedurfte augenblicklicher Hilfe, um die dringenden Bedürfnisse zu befriedigen; ich mußte Wege suchen, die mir Hoffnungen für die Zukunft eröffneten; und - nicht das Unmöglichste! - mußte Maßregeln für Manons und meine eigene Sicherheit treffen. Nachdem ich diese drei Hauptpunkte nach allen Seiten erwogen hatte, hielt ich es für geeignet, die zwei letzten einzuweisen zu freizeiten. In unserem Zimmer in Chaillot waren wir ziemlich gut geborgen, und was unsere künftigen Bedürfnisse betraf, meinte ich, daran zu denken bliebe Zeit genug, wenn sie erst gegenwärtige geworden waren.

Es handelte sich also darum, meine Börse jetzt zu füllen. Herr D. hatte mir die feinnige edelmütig angeboten, doch widerstrebte es mir, ihn selber daran zu erinnern. Welche Lage sein Glend einem Fremden offenbaren, und um ein Almosen bitten zu müssen! So weit kam sich nur eine gemeine Seele, die solche Demütigung nicht fühlt, erniedrigen - oder ein demütiger Christ, dessen edle Anschauungen ihn über die Schande erheben. Ich war weder eine gemeine Seele noch ein demütiger Christ, und hätte also gern einen Teil meines Verblutes geopfert, um dieser Schande zu entgehen.

Eberge, dachte ich, wird dieser edle Freund mir herbeizugern, was er mir gewähren kann? Nein, mein Glend wird ihn rühren, doch wird er mich mit seinen Moralpredigten überschütten. Ich mußte seine Vorwürfe, Ermägungen und Drohungen hinnehmen, und seine Hilfe damit so teuer erkaufen, daß ich lieber einige Jahre meines Lebens hingäbe, als mich einem solchen Antritt aussetzen, der nur dazu dient, mich aufzuregen mein Gemissen zu beunruhigen. Soll ich also jede Hoffnung aufgeben, dachte ich, weil ich keinen anderen Ausweg sehe, und diese beiden um keinen Preis ergreifen will?! Ja, lieber opfere ich mein Leben, als um demütigen Bettler werden!

(Fortsetzung folgt.)

Wasserfällen
 Der technische Berg besichtigt die Stauwehrgräben zu einem der letzten haben erge-
 gaben waren als
 Tiefe zeigten
 den des letzten
 den der Fels auch
 ngen entspricht
 und es spricht
 die allergrößten
 es geologie Dr.
 Entwürfe
 dieses aufzue-
 sich aber zur
 ante der Aus-
 ngen recht geis-
 , daß noch im
 von weiten
 en. Das Tri-
 für den mitt-
 ung, daß alles
 zu bringen.
 gewer für das
 es Schlüsse
 für das mitt-
 e drei große
 mit den un-
 und am Bedarf
 ge geschaffen,
 anders über,
 ie weitere Be-
 fernerhin in

Gemeindepolitik
Der Milchpreis
 n. Graben, 15. Aug. Letzten Sonntag, 14. ds. Mts., tagte hier im „Schwanen“ eine Versammlung der Milchbe-
 rauer des Bezirks Karlsruhe, um zur Frage der beabsich-
 tigten Milchpreiserhöhung Stellung zu nehmen. Stadtd. Schön
 an Karlsruhe hielt das einleitende Referat, dem eine rege Aus-
 sprache folgte. Man war der Auffassung, daß eine Preiserhö-
 hung von 2 M auf 2,50 M ab Stall richtig hoch genug sei; auch
 ein anwesender Landwirt äußerte sich in diesem Sinne. Fol-
 gende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:
 Die aus vielen Orten des Bezirks Karlsruhe-Land besuchte
 Verbauerderversammlung, die am 14. August im „Schwanen“
 in Graben stattfand, nimmt u. a. Stellung gegen die von den
 Erzeugern geplante Milchpreiserhöhung auf 4 M ab Stall.
 Das bedeutet eine Verdoppelung des bisherigen Preises und
 läßt sich auch mit der teilweise schlechten Futterernie nicht rech-
 fertigen. Die Verbraucher verlangen, daß bei der Preisfest-
 setzung eines so unentbehrlichen Nahrungsmittels, wie der Milch,
 auch die Verbraucher gehört werden. Auch gegen die hier und da
 beschriebenen Käuferpreise auf Kartonsellen wird scharfster
 Kampf angekündigt.

In die gleichzeitige im „Börschen Hof“ tagende Konsum-
 tenversammlung wurde eine Abordnung entsandt, um eine
 Aussprache herbeizuführen. Dieser Abordnung wurde mitge-
 teilt, daß die Konsumenten die Frage einem aus ihren Vertre-
 tern und den Verbrauchern gleichmäßig zusammengesetzten
 Schlichtungsausschuß zur Behandlung übergeben hätten.
 An den Verbrauchern wird es nun liegen, für geeignete Ver-
 treter bei diesem Ausschuss zu sorgen. Den Vertretern der
 einzelnen Gemeinden wurde nahegelegt, in ihren Ortsräten
 in dieser Sache aufklärend zu wirken. Mit Dankworten an
 die Erschienenen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die letzte Bürgerausschüttung in Aue
 n. Aue bei Durlach, 14. Aug. Auf Donnerstag den 11.
 August war die letzte Bürgerausschüttung in der Gemeinde
 Aue anberaumt, denn mit dem 15. August geht bekanntlich die
 Gemeinde in die Stadt Durlach über. Zu dieser Sitzung
 war folgende Tagesordnung festgelegt: 1. Festsetzung des Zah-
 lungstermins der beschlossenen Nachtragsumlage für 1920,
 2. Festsetzung des Zahlungstermins der Gemeindeumlage 1921
 bis zum Tag der Eingemeindung 15. August 1921, 3. Kapital-
 aufnahme zur Erfüllung von Kellern und Holzschuppen in der
 Siedlung Mühlfeld, 4. Wahl der Gemeindeverordneten und
 Ersatzleute für die künftige Vertretung in der Stadtgemeinde
 Durlach. Vor Eintritt in die Beratung verlas der Bürger-
 meister einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei mit fol-
 gendem Inhalt: Der Bürgerausschuß wolle beschließen, daß
 der Gemeinde Aue aus dem Kommunalverband Durlach-
 Land zufallende Uebererschuß in Höhe von 56.000 M als Grund-
 stockkapital zur Erfüllung einer Leihhalle einströ-
 mend anzulegen ist, mit der Begründung, daß diese Mittel aus
 der Allgemeinheit herausgewirtschaftet wurden und diese des-
 halb auch wieder zu einem Zweck für die Allgemeinheit zuge-
 führt werden sollen. Dieser Antrag fand die Unterstützung
 der Parteien und wurde einstimmig angenommen.

Punkt 1 und 2 wurde nach dem Beschluß des Gemein-
 de- und Zahltermin für die Umlagen, die erste Hälfte zum
 Erhalt des Bausparungsbetriebs, die zweite Hälfte auf 1. Oktober
 1921 festzusetzen, einstimmig angenommen. Pünktlich, die Ein-
 haltung des Termins nicht ermöglichen, soll Stundung gewährt
 werden. — Punkt 3: Kapitalaufnahme zur Erfüllung von
 Kellern und Holzschuppen in Mühlfeld wurde ebenfalls ein-
 stimmig angenommen. Bei Vorlage 4: Wahl der Ge-
 meindeverordneten zur Vertretung in der Stadtge-
 meinde Durlach wurde von Seiten der Sozialdemokratischen
 Partei durch Gemeinderat Dahn ein Mißbilligungsurteil über
 die Vertretung ausgesprochen und betont, daß trotz der Gegenläufigkeit
 der Parteien konzentriert werden müßte, daß das Zusammenarbeiten
 der Parteien doch ein gutes war und so manche Gemeindegan-
 zung und beneiden kann, auch waren die Vertreter jederzeit
 gewillt, mit dem Gemeinderat im Interesse der Allgemeinheit
 zu arbeiten. In diesem Sinne soll nun auch die Vertretung
 nach Durlach entsandt werden nach Anwendung des Proporz
 und unter Zugrundelegung der Stärke der Parteien im Bürger-
 ausschuss. Redner machte den Vorschlag der Fraktion, deren
 7 Vertreter zugewiesen. Ein Redner der Bürgerpartei stimmte
 diesem Vorschlag zu und machte die Vorschläge der Vertreter
 der Bürgerlichen, denen 5 zuzulassen. Die Vorschläge
 wurden in Gesamtheit einstimmig gewährt. — Damit hatte die
 letzte Sitzung der Vertreter der Gemeinde Aue ihr Ende erreicht.
 Die weiteren Geschäfte der Gemeinde werden auf dem Rathaus
 in Durlach erledigt. Möge auch die Arbeit dort zum Ge-
 n und Nutzen des neuen Stadtteils Durlach-Aue gereichen.

Die Kriegsbefähigten schwimmen im Geld
 Vom Reichsbund der Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen
 wird uns geschrieben:
 In der Woche vom 11. Aug. Wie sehr heute die Kriegs-
 beschädigten und Hinterbliebenen unter der Rücksichtslosigkeit
 und Ungerechtigkeit leiden müssen, zeigt ein Vorkommnis der
 jüngsten Lage in unserer Gemeinde. Es sind natürlich wieder
 diejenigen, die von dem Kriege betroffen geblieben sind und zu
 Hause ihren Geldsack gefüllt haben, die am wenigsten Empfinden
 für die Kriegsoffer haben. Vor einigen Wochen wurden der
 Gemeinde aus Amerika etwa 6000 M zur Verteilung an arme
 bedürftige Ortsbewohner überandt. Dieses Geld wurde nun
 von einigen Herrn verteilt. Dabei wurde nur ein einziger
 Kriegsbefähigter berücksichtigt und auch dieser wäre leer ausge-
 gangen, wenn er nicht nachträglich darum angehalten hätte, um
 seinen Sohn ein Paar Stiefel kaufen zu können. Wir meinen,
 es wäre wirklich am Platze und besser gewesen, einigen Kriegs-
 beschädigten von hier, die sich kümmerlich mit ihren Familien
 durchs Leben schlagen müssen, unter die Arme zu greifen, an-
 statt, wie es geschehen ist, die Lieblichkeit zu unterstützen. Die
 führende Persönlichkeit hat auf Befragen, weshalb keine Kriegs-
 beschädigten berücksichtigt würden, geantwortet: „Ihr Kriegs-
 beschädigte schwimmt in Geld“. Gegen solche
 niederträchtige Verhöhnung erwidert sich allerdings jedes wei-
 tere Wort. Das ist wirklich der „Dank“, von dem so viel ge-
 sprach wird. Mögen die Kameraden hier selbst ein Urteil
 über diese skandalöse Ungerechtigkeit fällen.

Bereitigung für gesunde Wirtschaftspolitik
 n. Gengenbach, 11. Aug. Hier wurde eine Vereinigung
 für gesunde Wirtschaftspolitik gegründet. Die Vereinigung hat
 sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mit-
 glieder zu vertreten ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung. Die
 Ursache dieser Gründe ist darin zu suchen, daß in der letzten
 Bürgerausschüttung eine Nachtragsumlage auf Liegenschafts-
 und Betriebsvermögen beschlossen wurde. Zu einem Eingand-
 ten „Kriegsbölen“ weist das Komitee auf die Härte hin, die diese
 Abgabe besonders für die Kleinrentner bedeute. Aber auch die
 anderen. Dankbetreiber würden diese Mehrbelastung wieder auf
 die Mieter abwälzen. Diese wären dann gezwungen, mehr
 Gehalt und Lohn zu fordern, was wieder eine Preissteigerung

Die neue Gestalt der Invalidenversicherung

Von Fritz Kreis

Das „Gesetz über die anderweitige Festsetzung der Leistungen
 und der Beiträge in der Invalidenversicherung, vom 23. Juli
 1921“, ist soeben im Reichsgesetzblatt (S. 984) veröffentlicht wor-
 den. Die Neuerungen sind sehr einschneidender Art und inter-
 essieren daher die Arbeiter stark. Zweck und Wirkung der Ver-
 änderung ist bekanntlich hauptsächlich, den Landesversicherungs-
 anstalten wesentlich erhöhte Einnahmen zuzulassen.

Die bisherigen fünf Lohnklassen werden mit dem 1. Ok-
 tober 1921 aufgehoben und es treten von diesem Zeitpunkt an
 acht neue Klassen an ihre Stelle und zwar:

| Klasse | Jahresarbeitsverdienst | Wochenbeitrag |
|--------|------------------------|---------------|
| A | bis zu 1000 M | 3,50 M |
| B | von mehr als 1000 „ | 4,50 „ |
| C | „ „ 3000 „ | 5,50 „ |
| D | „ „ 5000 „ | 6,50 „ |
| E | „ „ 7000 „ | 7,50 „ |
| F | „ „ 9000 „ | 9,00 „ |
| G | „ „ 12000 „ | 10,50 „ |
| H | „ „ 15000 M | 12,00 „ |

Die Beiträge werden bekanntlich je zur Hälfte von den Ar-
 beitgebern und Arbeitnehmern getragen, jedoch z. B. in der K. F.
 jeder Teil wöchentlich 4,50 M bezaglen muß.

Die bisherige umständliche Berechnung des Jahresarbeits-
 verdienstes nach den Grundlöhnen der Lohnklasse fällt weg.
 Es gilt in Zukunft der tatsächliche Jahresarbeitsverdienst, der
 natürlich auf den Wochen- und wenn nötig auf den Tagesver-
 dienst zu zerlegen ist. Die Versicherung in einer höheren als der
 zuständigen Lohnklasse ist nach wie vor erlaubt. Reht der Ar-
 beitgeber den höheren Beitragsanteil ab, muß ihm der Ver-
 sicherte mitbezahlen.

Die bisherigen Witwenwelder und Waisenaussteuer (zwei-
 malige Abfindungen, wenn die Witwen selbst Beiträge zur Ver-
 sicherung entrichtet hätten) kommen in Wegfall. Die bis zum
 1. Oktober geltend gemachten Anträge auf solche Leistungen
 müssen noch nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen er-
 ledigt werden. In dem Erbfallen der Anwartschaft (§ 1280 der
 Reichsversicherungsordnung) sind Erleichterungen eingetreten.
 Nach wie vor erlischt grundsätzlich die Anwartschaft, wenn wäh-
 rend zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte bezeichneten
 Ausscheidungstag weniger als zwanzig Wochenbeiträge ent-
 richtet worden sind. Die Anwartschaft gilt aber nicht als erlos-
 chen, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Ver-
 sicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens
 drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken
 belegt ist. Tritt z. B. jemand mit seinem 16. Lebensjahre in die
 Versicherung ein und wird er mit seinem 40. Jahre invalide, so
 muß er für die dazwischen liegende Zeit von 24 Jahren mindes-
 tens 18 Jahre mit Marken belegen, also 18 x 52 = 936 Ver-
 tragswochen nachweisen.

Die Rentenhöhe bleibt im allgemeinen dieselbe. Trotz der
 Geldentwertung wird der Reichtumszuschuß (50 M für jede Inva-
 liden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente und 25 M für jede
 Waisenrente) nicht erhöht. Den gegenwärtig vorhandenen Ren-
 tenempfängern wird die bisherige Zulage von 70 M für jede Inva-
 liden-, Kranken- oder Altersrente, 55 M für jede Witwen-
 rente und 30 M für jede Waisenrente weiter gewährt. Die neu
 Rentenberechnung ist etwas anders aufgebaut. Der Grundbe-
 trag der Invalidenrente ist in jeder Lohnklasse einheitlich 300 M,
 die Steigerungssätze sind etwas erhöht. Außerdem wird bis auf

weiteres zu den neu festzusetzenden Renten ein jährlicher Zu-
 schuß von 600 M bei den Waisenrenten nur von 300 M ge-
 währt. Trotzdem werden vorläufig auch die neu festzusetzenden
 Bezüge nicht wesentlich höher sein als die bisherigen. Nur erst
 wenn im Laufe der Zeit die Versicherten Gelegenheit hatten
 in den neuen höheren Klassen Beiträge zu entrichten, für die
 dann höhere Steigerungssätze in Anrechnung kommen, ist später
 auf höhere Renten zu rechnen, sofern eben nicht die jetzt
 außerordentlichen Zuschüsse herabgesetzt werden. Eine wesent-
 liche Ausgestaltung haben die bisherigen Kinderzulagen zu den
 Renten erfahren. In Zukunft betragen diese: 96 M jährlich
 wenn ein solches Kind vorhanden ist, 168 bei zwei und für jedes
 weitere Kind 48 M. Elternlose Einzel unter 15 Jahren, deren
 Unterhalt der Empfänger der Invalidenrente ganz oder über-
 wiegend bestreitet, werden den Kindern unter 15 Jahren gleich-
 gestellt.

Eine wesentliche Neuerung wird noch dadurch gebracht, daß
 in Zukunft eine Rente aus der Invaliden- und Hinterbliebenen-
 Versicherung auch in vollem Umfang neben einer Rente
 aus der Unfallversicherung gewährt wird. Bisher trat eine Rente
 ein, wenn ein gewisser nicht allzuhoher Betrag überschrit-
 ten wurde. Krankheitszeiten, in denen ein Versicherter noch
 weiblich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen
 werden als Beitragswochen der Lohnklasse B angerechnet. Der
 Reichsarbeitsminister kann bestimmen, in welchen weiteren Fäl-
 len eine solche Anerkennung stattfindet. In der Vermögensver-
 waltung der Versicherungsanstalten tritt eine Neuerung info-
 ren ein, als die ganzen bisherigen Vorschriften über die „Ge-
 meinstaft“ und die „Sonderlast“ in Wegfall kommen. Sie sind
 auch nur eine ganz unnötige Verwickelung. Dafür ist fol-
 gendes bestimmt worden: Jeder Versicherungsnehmer, also jede
 Landesversicherungsanstalt, wird mit einem Zehntel der Ver-
 träge belastet, die an Empfänger von ihm festgesetzter Renten
 gezahlt werden sind. Alle übrigen Zahlungen werden, soweit
 sie nicht dem Reiche zur Last fallen, auf sämtliche Versiche-
 rungsträger nach Maßgabe ihrer Beitragseinnahmen in den letz-
 ten drei Geschäftsjahren verteilt. Damit wird gewissermaßen
 eine einheitliche Risikogemeinschaft aller Versicherungsträger ge-
 schaffen.

Die Zusatzrenten, die durch freiwillige Zahlung von Zusatz-
 marken erworben werden konnten, kommen wie diese in Weg-
 fall. Die Einrichtung hat sich zwar nicht bewährt, was in der
 geringen Benutzung zum Ausdruck kommt. Empfänger
 einer Zusatzrente erhalten den Kapitalwert der Rente als Ab-
 findung. Der Zusatzmarken entrichtet hat und dafür eine Rente
 noch nicht erhält, kann innerhalb fünf Jahren die Erhaltung
 des Wertes der Zusatzmarken verlangen.

Schließlich sind noch eine Reihe von Uebergangsvorschriften
 vorgegeben. Ansprüche und Leistungen, über die das Festset-
 lungsverfahren gurgelt, unterliegen schon den neuen
 Vorschriften. Ihre Nichtanwendung gilt auch dann als Reser-
 vationsgrund, wenn das Uebersicherungsamt sie noch nicht an-
 wenden konnte. Die „Sonderanstalten“, wie die Norddeutsche
 Knappschaftspensionskasse usw. müssen sich dem neuen Gesetz
 anpassen. Ungültig gewordene Beitragsmarken können inner-
 halb zwei Jahren bei der Post in Marken gleichen Geldwertes
 umgetauscht werden. — Das neue Gesetz enthält manche Un-
 klarheiten noch, die erst durch die Praxis und die Rechtsprechung
 geklärt werden müssen.

auf anderem Gebiete zeitige. Gesunde Gemeindepolitik soll
 nicht verleuernd, sondern verbilligend wirken. Es wird in dem
 Eingangs noch darauf hingewiesen, daß man aus dem Wald
 noch eine beträchtliche Summe herausheben konnte, damit allen
 konnte bei sparbarer Wirtschaft der Gemeindehaushalt bestritten
 werden. Der andere Grund, weshalb man den Umlagefuß so
 hoch setze, sei der, um vom Reich einen größeren Zuschuß zu
 erhalten. Dies sei aber eine Handlung, die der Gemeinde nicht
 nur nichts einbringe, sondern auch sich mit einem guten Ge-
 wissen nicht vereinbaren lasse. Der Staat solle irreführt wer-
 den. Es soll ihm ein hoher Haushaltungsplan vorgelegt werden,
 damit der Gemeinde Gengenbach ein hoher Steuerzuschuß zu-
 fällt zum Radikal sämtlicher Steuerzahler im Reiche, wozu
 auch wieder die Gengenbacher gehören. Wenn die Gemeinde den
 Wald schonen wolle, um sich eine Reserve zu sichern, dann
 müßte eben der Anleiheweg beschritten werden, wie das in Groß-
 städten allgemein üblich sei.

In einem heute im „Kriegsbölen“ erschienenen Eingangs
 werden von anderer Seite diese Einwände widerlegt. Es heißt
 da: Der Anteil der Gemeinde an der Einkommensteuer ist
 längst geregelt; die Umlage berechnet sich nach dem tatsächlichen
 Bedarf und nicht nach einer Aufforderung von Regierungseite.
 Es waren für das Wirtschaftsjahr 1920/21 nachträglich 22.370 M
 aufzubringen, wovon ein Teil, 138.888 M, durch eine Nach-
 tragsumlage von 1 M gedeckt werden sollte und nun auch tat-
 sächlich gedeckt werde. Es steht mit ziemlich großer Wahrschein-
 lichkeit zu erwarten, daß auch die Liegenschafts- und Betriebsver-
 mögen künftighin durch den Staat bezw. durch das Reich be-
 steuert werden und also das Besteuerungsrecht den Gemeinden
 entzogen wird. In diesem Falle soll den Gemeinden ein Anteil
 aus dieser Steuer zugewiesen werden und zwar entsprechend
 dem Umlagegesetz, den die Gemeinden im Jahre 1920 erhoben
 haben. Bei dieser Art der Anteilberechnung käme aber die
 Gemeinde Gengenbach ganz entfallen zu kurz, weil im Jahre
 1920 nur eine Umlage von 45 Pf. erhoben wurde, die aber
 wie obige Zahlen zeigen, bei weitem nicht ausgereicht hat, die
 Bedürfnisse des verflorenen Rechnungsjahres zu decken. Die
 Erhebung der Nachtragsumlage war also ein Gebot der Not-
 wendigkeit und der Vorsicht. Damit fällt jeder Grund zur mo-
 ralischen Entrüstung weg. Was der außerordentliche Holzschub
 betrifft, der allein schon den Haushalt sanieren könne, sei dar-
 auf hingewiesen, daß der Gemeindehaushalt im Jahre 1920 eine
 Ausgabe von 1.113.000 M hatte. Die Gemeinde sollte also etwa
 mit der Hälfte des Betrages auskommen und das angeht die
 neuen Feuerungsstelle. Das gäbe allerdings eine Wirtschaft,
 aber kein e g e r u b e. Für soziale Zwecke wäre das überhaupt
 nichts übrig. Der außerordentliche Holzschub könnte in diesem
 Umfang der Gemeinde bis 1920 nur einmal zu und könne nur
 als Reserve für Unvorhergesehenes und Schuldentilgung dienen.
 Wenn der Wald so gut steht, warum könne dann die Gemeinde
 nicht den ganzen Holzschub daraus abgeben?

So geht der Streit also hin und her. Der Erfolg ist der,
 daß wir wieder einen „Berein“ mehr haben, aber die Schwierig-
 keiten werden deswegen nicht leichter zu lösen sein. Im übrigen
 kann ja jeder Bürger innerhalb einer Partei für gesunde Ge-
 meindepolitik eintreten; aber viele ziehen es vor, keine Farbe
 zu bekennen, keiner Partei anzugehören, sich immer hübsch zu
 verziehen, aber wenn es Zahlen geht, dann wird geschwitzt

und am meisten von denen, die am besten zahlen können und
 den größten Geldbeutel haben.

Baumfeststellung. Wie der Pressedienst des Reichsamt für
 die Leiziger Musterwesen mitteilt, fand vor einigen Tagen in
 den Räumen der Kreisbauernschaft zu Leipzig unter dem
 Vorsitz des Geheimrats Vollmer vom Dresdener Wohnungsamt
 eine Besprechung über die im Anschluß an die Baumeße ge-
 plante Baumfeststellung statt. Zweck dieser Siedlung wird die
 Herstellung in jeder Beziehung, insbesondere auch in bezug auf
 Billigkeit mütterlicher Wohnungen durch die beteiligte In-
 dustrie sein. Als Platz wird die Stadt das Gelände, welches sich
 unmittelbar an das städtische Ausstellungsgelände anschließt,
 im Erbbaurecht zur Verfügung stellen. Der gemeinnützige und
 volkswirtschaftliche Charakter des Unternehmens wird durch die
 Beteiligung des Landeswohnungsamtes, der Stadt und des
 Reichsamt hervorzuheben. Die Ausführung des Baues liegt in
 den Händen der Leipziger Arbeiter-Genossenschaft C.G.M.B.G., die
 die Propaganda im Einzelnen mit dem Reichamt und der
 Verwaltung der Leipziger Messen ausstellen für Bau- und Wohn-
 wesen C. V. betreiben wird. Verabreicht ist, in jedem Sied-
 lungshaus einen Raum für die Hersteller des Hauses zu Wohn-
 ausstellungszwecken freizubehalten. Dafür werden bei diesem
 Unternehmen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln nicht gewährt
 werden. Der Termin für die Fertigstellung steht noch nicht fest.
 Doch ist die Anmeldung von Interessenten schon jetzt dringlich
 erwünscht.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Nischenunterklosgängen beim Belledungsamt
 Ludwigsburg waren der Gegenstand einer Verhandlung vor
 der hiesigen Strafkammer. Es handelte sich um Beträge von
 nahezu 200.000 M, die der beim Belledungsamt Ludwigsburg
 angestellte Kaufmann Alfred Epping von Juffenhäusern durch
 Unterbringung von Steuermarken der Arbeiter im Betrage
 von 40.000 M und durch zubielergebene Abfindungsgebühren
 für entlassene Arbeiter im Verlauf weniger Monate bezuntet
 und in weiblicher Gesellschaft verbraucht hatte. Der Ange-
 klagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt.

Bergabern. Die Stadt hat die Schließung von Vieh und
 den Fleischverkauf in eigene Rechnung genommen, nachdem die
 Verhandlungen mit den Metzgereimeistern wegen Preisherabset-
 zung ergebnislos verlaufen sind.

Darmstadt. Die Scharfschützen der Franzosen auf
 dem Griesheimer Truppenübungsplatz werden in sehr leicht-
 sinniger Weise gehandhabt. Nachdem bereits am Freitag ein
 Infanteriegeschütz sich bis in das Schwedische Griesheim verirrt
 hatte und in ein Haus einschlug, lag am Samstag abends ein
 Infanteriegeschütz auf den Hof des Schulhauses, wobei eines
 der dort veranmieten Schulfenster erheblich beschädigt wurde.

Bonn. Zur Verfertigung der Draubenburg vor dem Amts-
 gericht Königswinter hatten sich 13 Kaufleute aus Mittel- und
 Rheinland eingefunden. Als sie aber hörten, daß die Burg
 mit drei Millionen Mark Hypothek belastet ist und daß die
 Forderung in Goldmark getordert wird, wozu sich der Kar-
 preis auf mindestens 12 Millionen stellen würde, ergreifen sie
 sämtlich die Flucht.

Landau. Im Zeichen der Wohnungsnot! Der Kunstmalers Eduard Illig hat sich in der ehemaligen Wohnung des Kurwärters der Stiftkirche nach vorherigem Besehen mit der Stadterhaltung häuslich eingerichtet.

Giegen a. Brenz. Von einem furchtbaren Hagelwetter wurde die Gegend zwischen Dillingen und Holheim betroffen. Der Hagel fiel in Walauf-Größe so dicht, daß er trockenweise 20 bis 25 Zentimeter hoch lag. Ein gleichzeitig aufgetretener furchtbarer Sturm warf etwa 45 Fuhrwerke, darunter schwer beladene Langholzwagen um. Viele Personen auf dem Felde wurden verletzt und zahlreiche Obstbäume umgerissen. Ein 18-jähriges Mädchen wurde von einem umgerissenen Dehnbwagen zugebedt und erstickte, ein 10-jähriger Bursche kam unter einem umgeworfenen Langholzwagen und wurde getötet.

Berlin. Bei der Beratung des neuen Gesetzentwurfs über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat der Unternehmungen hat sich der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates laut „Vorwärts“ für die volle Anerkennung der Betriebsrätsmitglieder als gleichberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates ausgesprochen und die Regierungsvorlage über die Zahl der Arbeitnehmervertreter mit unwesentlichen Veränderungen angenommen. Der Gesetzentwurf wird nunmehr dem Reichstag vorgelegt werden.

Berlin. Wie das „Berl. Tagbl.“ aus Culenburg meldet, wurde in B e c h t e r n ein Ehepaar, das vor dem Hause saß vom Blitz erschlagen. Durch den entstehenden Brand fanden die beiden Kinder des Ehepaares den Tod.

Berlin. Der Bundesausschuß des Deutschen Beamtenbundes hat die von einer Neureformkommission formulierten Forderungen der Beamtenschaft, die man der Regierung zur Steuerfrage vorzulegen beabsichtigt und worin u. a. die Bewährung eines laufenden Teuerungszuschlages von 5000 M für alle Beamten verlangt wird, angenommen.

Berlin. Müttermeldungen aus Hamburg zufolge haben die Delegiertenwahlen zur Verstarbeiterkonferenz der Amsterdamer Richtung einen vollen Sieg gebracht, während die radikale Moskauer Richtung keinen Delegierten erhielt.

Reichshofen (Elsass). Zwischen Militär und Ausgesperrten ist es zu Zusammenstößen gekommen, als die Gendarmen und 40 Soldaten einen Demonstrationszug der Arbeiter sprengen wollten. Es kam zu einer förmlichen Schlacht zwischen beiden Parteien, wobei viele Gewehrverletzte in Stöße gingen.

Scherweiler (Elsass). Nach 5-jähriger Gefangenschaft lehrte dieser Tage ein hiesiger Einwohner aus Sibirien zurück. Er war nicht wenig erstaunt auf dem hiesigen Kriegerdenkmal unter den Gefallenen seinen Namen lesen zu können. Da er totgebunden war, wurde sein Name auf das Kriegerdenkmal gesetzt.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 17. August.

Geschichtskalender

17. August. 1678 † Der Schriftsteller S. J. Chr. v. Grimmelshausen in Meißen. — 1876 Einigungsvertrag in Gottha. — 1919 † Der russ. Botschaftsrat und Kriegsminister Iswoltski in Paris.

Die Arbeiterfrauen und das Klasschloß

Warum lesen immer noch viele Arbeiterfrauen das bürgerliche Klasschloß? Warum selbst Frauen organisierter Arbeiter? Die Beantwortung dieser Frage wäre wohl als eine Probe auf den Verstand, auf die Klugheit und die ganze Weltanschauung einer Arbeiterfrau zu betrachten. Tausendfach wurde den Arbeiterfrauen schon gesagt, welche Sünden sie damit begehen, wenn sie ein solches Blatt in der Familie dulden und lesen. Man hat ihnen gezeigt, wie sie mit ihren Zeitungen ihren kämpfenden Männern in den Rücken fallen, denn diese Blätter verhöhnend die Arbeiter wegen ihres idealen Kampfes zur Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei. Diese Zeitungen beschimpfen die Führer der Arbeiter, sie verraten täglich die Rechte des Volkes, ohne die kein Kampf um ein besseres Dasein möglich ist und doch greifen die Frauen der Arbeiter immer wieder zu dieser Presse.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badische Kunsthalle

Triebner-Ausstellung. In seiner berühmten Schrift „Personalien und Prinzipien“ gibt Triebner interessante Schilderungen aus seiner künstlerischen Laufbahn. Ein Satz daraus, der seine Eigenart charakterisiert, möge hier folgen: „Für Begegnungen hatte ich wenig Interesse, dagegen ein offenes Auge für die Welt der Erscheinungen um mich her, und so sind nur diese, wenn es der Mühe wert war, haften geblieben, während jene meinem Gedächtnis nahezu entwichen sind.“ Triebner ist ausschließlich Maler — darin fußt seine überragende Größe. Er erkreift aus der Umwelt das Hervorleuchtende an Farbe und Form und gestaltet es mit einer durch zähen Fleiß erlangenen Technik. Durch glückliche Schicksalsfügungen wurde ihm das Erreichen seiner eminenten malerischen Kultur leichter gemacht als vielen anderen Großen. Man bedenke, daß Triebners erster künstlerischer Umgang Anselm Feuerbach war, auf dessen Verantwortung hin die anfänglich abgerundeten Ecken Triebners die Zustimmung zum Ergebnisse der Künstlerlaufbahn gaben. Im Jahre 1867 kam er, 16 Jahre alt, an die Karlsruhe Akademie, wo vor allem der hervorragende Bildnis-maler Hans Canon großen Einfluß auf ihn ausübte. Nach kurzer Zeit zog er nach München und kam dort in innige Berührung mit Wilhelm Raab und dessen Freunden: Thoma, Gaidler, Girtz u. a. In Verbindung mit den Größten und ohne wirtschaftliche Kämpfe (der väterliche Geldbeutel stand ihm immer offen) konnte er unbesümmert und in ungehemmter Kraft seine Bahn aufwärts gehen. Studien in Stuttgart und Heidelberg unterbrachen seine Münchener Zeit. Im Jahre 1896 siedelte er nach Frankfurt a. M. über, wo Thoma, Steinhausen u. a. wirkten. 1903 wurde er durch Großherzog Friedrich I. als Rektor an die Karlsruhe Akademie berufen. In „Personalien und Prinzipien“ (Bruno Cassirer Verlag Berlin) der Sammlung von Aufsätzen, die zum Besten gehören, was in Deutschland über bildende Kunst gesagt wurde, erzählt er uns ausführlich von seinen Studienjahren und Kämpfen.

Die Ausstellung in der Kunsthalle bringt Bilder aus jeder Schaffensperiode des Meisters. „In der Kirche“ (1869), im Alter von 19 Jahren gemalt, zeigt deutliche Spuren des Einflusses unserer altdeutschen Maler. In „Schwarzlockiges Mädchen“, das zwei Jahre später entstand, entwickelt er schon seinen eigenen Stil. Im Ausdruck vollendet und durch höchste Kultur des Vortrags bestehende Bildnisse sind Drag-Genj. W. Höpfer (1875), „Nikolaus Triebner“ (1890), „Dom-Altar Dr. A. Reibner“ (1890), „Die Drauer Eisenart“ (1890), und „Selbstbildnis“ (1918). Landschaften vom Starnberger See und das herrliche „Marsfeld“ (1894) vermitteln uns in ihrer souveränen Ruhe die tiefsten Eindrücke. Schwächere Miläufers in der ungeheuren Fruchtbarkeit Triebners sind Bilder wie etwa „Gitar am Rubinom“ (1878). Sie würden uns wenig zu sagen haben, trügen sie nicht der Stempel Triebnerscher Kunst, unerbittliche Strenge.

Geist steigt die Zahl der Leser sozialdemokratischer Zeitungen von Jahr zu Jahr. Aber Tatsache ist auch, daß ungezählte Tausende von Arbeiterfrauen von dem Papier bürgerlicher Zeitungsmacher fast nicht zu trennen sind. Die Arbeiterfrau hat an dem Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft am schwersten zu tragen. Das ganze Elend der kapitalistischen Wirtschaft bekommt sie täglich zu spüren. Die Arbeiterfrau wird von dem Elend, das die heutige Wirtschaftsweise über die Menschen verhängt, körperlich und seelisch zugrunde gerichtet. Ihr Geist wird eingeknickt von der ewigen Sorge ums tägliche Brot. Sie lebt ohne Ideale dahin, ohne den Blick von ihrem Elend erheben zu können, sie bleibt leicht hinter ihrem Manne geistig und seelisch zurück. Und in diesem für den Aufstieg der Menschheit so überaus bedauernden Schicksal führt die bürgerliche Klasspresse die Arbeiterfrau zu erhalten. Nur die Gewöhnung an den Stumpf sinn, an den ordinären Klatsch, an das alltägliche wirtschaftliche und geistige Elend fesselt die Arbeiterfrau an das bürgerliche Blatt. Wenn man ihr eines Tages an Stelle der gewöhnlichen Kost eine sozialdemokratische Zeitung in die Hand gibt, so kann sie den Flug der Gedanken, die Ziele der kämpfenden Arbeiterklasse nicht fassen und steht den Dingen verständnislos gegenüber.

Der geistige Aufstieg eines Menschen ist ein schwerer und oft sehr schmerzlicher Vorgang, der seine Zeit haben muß. Die Masse der Arbeiterfrauen befindet sich in einem solchen Entwicklungsprozess — darum müssen wir mit liebevollem Verständnis diesen Vorgang verfolgen und ihm den Weg ebnen, wo und wie wir nur können. Das heißt: die Männer müssen ihren Frauen beifällig sein, müssen mit endloser Geduld und nie erlahmender Kraft die Frauen aufklären über das Wesen der bürgerlichen Presse, über den Kampf, den sie draußen mit der Ausbeuterklasse führen, über die Verräterrolle, die die bürgerliche Presse in diesem Kampfe spielt. Was die Frauen in der bürgerlichen Zeitung suchen, finden sie allezeit besser im „Volkstfreund“. Was sie aber nicht finden in der sozialdemokratischen Zeitung, das sollen sie entbehren lernen, denn das ist Klatsch. Die sozialdemokratische Presse leistet am Volke eine Erziehungsarbeit, die man nach Jahrhunderten als eine weltgeschichtliche Kulturarbeit bezeichnen wird. Aber ehe die Arbeiterfrau diesen Zusammenhang erkennt, bedarf es noch einer schweren Aufklärungsarbeit. Wenn sich die Arbeiter zu dieser Aufgabe vereinen und hierbei vor allem jeder Arbeiter bei seiner Frau anfängt, so muß er Erfolg haben.

Freiwillige Beiträge der städtischen Arbeiter für Oberschlesien und Rußland

Anlässlich des Abschlusses der Lohnverregung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, haben die Karlsruher Gemeindefreie beschlossen, die Zulage für einen Tag für die Oberschlesier und Rußland-Hilfe abzuführen. Es kommen ungefähr 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage. Legt man durchschnittlich 3,50 M zu Grunde, so ergibt dies eine Summe von circa 5.600 M. Außerdem werden noch Sammelstellen in Umlauf gesetzt, da auch noch Staatsarbeiter in Frage kommen, sodaß eine ganz beträchtliche Summe von den Gemeinde- und Staatsarbeitern zur Abführung gelangt.

Dieser Opfermut einfacher Arbeiter steht in angenehmem Gegensatz zur Indifferenz reicher Leute, die sich z. B. in den Bädern gut sein lassen und für die Höhe des ober-schlesischen und russischen Volkes nichts übrig haben.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Hilale Karlsruhe) wird geschrieben: Die vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband eingeleitete Bewegung hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Trotz dem der Arbeitgeberverband der badischen Städte bei allen Verhandlungen es abseht eine Lohnerhöhung zu gewähren und die Schlichtungsinstanzen sprechen mußten, haben die Vertreter

Bereinfachung und klare Schönheit der Farbe. In der „Eigenschaftslehre“ (1877) kommt uns der oben erwähnte Ausdruck ins Gedächtnis. Hier fällt zuerst jeder einzelne glänzend gemalte Akt ins Auge, bevor der Beschauer von der eigentlichen Begebenheit ergriffen wird. Triebners Stellung in der modernen deutschen Malerei ist eine überragende. Er arbeitete auf dem Boden der Tradition lebend und überlieferter und schlichte Klarheit unserer großen deutschen Maler des Mittelalters.

Galerie Moos

Den Hauptraum der Augustausstellung nehmen Aquarelle Prof. Joh. Ilfers Dresden ein. Das Aquarellbild tritt in den meisten Fällen nur in kleinerem Format auf. Hier sind aber Aquarelle von ziemlich großem Ausmaß zu sehen. Große Flächen mit Aquarellfarben zu bewältigen, dürfte immer schwer sein. Die düsternen lichten Wasserfarben haben es, den kräftigen Oelfarben gegenüber, schwer, ein Bild größeren Formats zusammenzufassen. Sie rufen nicht in sich, man könnte vermuten, dem Prozesse des Sich-Bermengens von Farbe und Licht zuzusehen. Eine immer wiederkehrende gleiche Farbenskala in Ilfers Arbeiten löst dem Beschauer leichte Ermüdung ein, trotz wahrhaft virtuoser Technik. Es gibt wunderbare Einzelheiten: mit einer Handvoll feinst gemischter Farben malte er uns das besetzte Gemächlein in einem schattigen Kirchenwinkel — gibt uns flutendes Sonnenlicht in einem Park, das mit Blumenstaub und dem schwingenden Grün des Straßes vermischt scheint; oder das feine Lichtspiel um Goldrahmen und polierte Möbel. („Morgenjonne“). Von großer geschlossener Wirkung sind kleinere Stücke wie „Türle“, „Mädchen mit Wa.“ u. a.

Aug. Demmer-Karlsruhe ist mit gebiegenen Arbeiten, feintönigen Schiffsbildern aus der Adria, vertreten. S. v. Polmann zeigt drei seiner typischen reizvollen Landschaften. „Rheinwald“ von Prof. W. Holz, vier liebenswürdige Genrebildchen von R. Amisbähler, sowie die Blumenstücke von A. Weber sind nicht zu vergessen. Erich W. Schröters „Düne im Abenddämmer“ ist eine von starkem künstlerischem Gefühl getragene Arbeit. Das etwas in den Vordergrund tretende Bewußtsein im Aufbau des Bildes, die dreimalige Querteilung wird durch warme Farbgebung parallelisiert. Der Graphik ist durch Franz Kunz-Dresden, A. Wendling-München und R. Fuchs-Bamberg ein gewichtiges Feld eingeräumt. Franz bringt eine Reihe interessanter Zeichnungen, die durch flüssige Technik oft mehr malerische als streng graphische Wirkung hervorbringen. A. Wendling zeigt Originalholzschnitte, deren Motive ins Philosophische und Soziale zielen. „Aufzählung“, „Spartakus“, „Elend“. Letztere eine über einer Stadt lastende leidenschaftliche Frauengestalt. Unter den zahlreichen stimmungsvollen Radierungen von R. Fuchs fällt „Das sonnige Tal“ als graphisch schönes Blatt auf.

der Städte doch noch Jugenddränge machen müssen. Die Arbeitsbeschäftigung hat seinerzeit den Vorschlag gemacht, eine Erhöhung von 10 Prozent für Verheiratete und ledige über die Jahre, für alle übrigen 5 Prozent eintreten zu lassen. Dies wurde ebenfalls von den Städten abgelehnt. Die Zentral-schiedsinstanz Berlin beschloß für Verheiratete und ledige über 24 Jahren 5 Prozent, für alle übrigen nichts, zu gewähren. Diesen Schiedspruch lehnten die Arbeiter gleich ab.

Der drohende auszubehrende Kampf wurde im letzten Moment noch verhindert. Die Organisation hat, im Bewußtsein, welche Verantwortung sie der Öffentlichkeit gegenüber bei einem Streit übernimmt, kein Mittel unberührt gelassen, um die Katastrophe zu vermeiden. In Verbindung mit dem Arbeitsministerium und Schlichtungsausschuß kam es zwischen den Parteien nochmals zu Verhandlungen, die folgendes Ergebnis zeigten:

Erhöhung des Grundlohnes um 2,60 M pro Tag, hierzu eine entsprechende Erhöhung der Teuerungszulage, die für Ledige über 24 Jahren und Verheiratete jetzt gleichgesetzt ist und 5 Prozent beträgt; für alle übrigen 40 Prozent, sodaß eine Erhöhung pro Tag für die erste Lohnklasse von 3,90 M, für die übrigen 3,64 M eintritt.

In übrigen sind durch das neue Lohnabkommen, das bereits am 1. Juli schon in Kraft getreten ist, wie durch die Lohnerhöhung, die am 1. August in Kraft tritt, wesentliche Verbesserungen erreicht worden. Dessenfalls lehnten die Städte im letzten Moment, die von ihren Vertretern gemachten Jugenddränge nicht noch ab. Sie würden dadurch eine Atmosphäre schaffen, die ihnen bitter aufstößt und teuer zu stehen kommen würde. Die Karlsruher Gemeindefreie haben zu den Jugenddrängen bereits Stellung genommen und solche gegen eine kleine Minderheit akzeptiert. Man darf erwarten, daß im Laufe überall die Annahme erfolgt, sodaß der Abschluß endgültig erfolgen kann.

Der Betriebsrat der Hauptwerkstatt

schreibt uns: In Nr. 187 des „Volkstfreund“ ist eine „Erläuterung“ des Artikels „Nachmal der alte Joff und die Dine“ von Nr. 180 des „Volkstfreund“, aus der Feder eines Beamten der Generaldirektion enthalten, in der es am Schluß heißt: „Nun hat der Betriebsrat das Wort.“ Nach der „Anmerkung der Redaktion“ wäre es eigentlich nicht mehr notwendig, etwas hinzuzufügen; auch könnte schon im Hinblick auf die notwendige Einheitsfront jede öffentliche Diskussion derartiger Sachen unterbleiben. Aber da uns gnädig das Wort erteilt wurde, wollen wir die Gelegenheit benutzen, um dem betr. Herrn, oder auch den betr. Herren, zu sagen, was wir Gemeindefreier von der ganzen Sache halten.

Als der Erlaß vom 29. Juli „Regelung der Dienststunden betr.“ am 1. August bei uns bekannt wurde, begab sich sofort eine dreigliedrige Kommission des „radikalen“ Betriebsrates, bestehend aus zwei freigewerkschaftlich und -iner gewerkschaftlich organisierten Betriebsrat nach der Egd. Dem Herrn V i t t e r i c h, als dem stellvertretenden Präsidenten erklärte sie sofort, daß sie nicht käme, um den Beamten die stundenlängliche Arbeitszeit streitig zu machen, sondern zu verlangen, daß diese Dienstzeit für alle Beteiligten von Anfang an, eingeführt werde. Daß nun die Verfügung am 4. August rückgängig gemacht wurde, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Generaldirektion, die anscheinend ein Interesse an einem Durcheinander zwischen Beamten und Arbeiter hat. Dies sollte der Herr wissen; daß er es nicht weiß, ist uns ein Beweis dafür, daß ein noch innigerer Zusammenarbeiten notwendig ist, als dies bisher schon der Fall war.

Wenn nun der Herr noch auf den ganz radikalen Betriebsrat absetzt, so ist das ein einfaches Geschreibsel. Wir wollen den Herrn aber dem Gegenteil überzeugen, indem wir ihn einmal zu einer Sitzung einladen, wo wir uns über gewerkschaftliche Fragen unterhalten werden. Der Herr Beamte wird dieselben uns überzeugt, bald merken, daß nicht Mobilismus, sondern gute gewerkschaftliche und politische Schulung uns uns fruchtbar ist in dem Spruch gipfelt: „Einig sind wir alles, getrennt nichts.“

Wir sind durchaus der Auffassung, daß alles getan werden muß, um eine Zusammenarbeit weiter zu fördern, das kann aber nicht geschehen dadurch, daß man fortgesetzt egoistische Wünsche durch die Organisation vertreten läßt, sondern dadurch daß man Schulter an Schulter, Beamte wie Arbeiter, für besseren Lohn- bzw. Gehalts- und Arbeitsbedingungen kämpft. Organisiert sein heißt, Solidarität üben und nicht egoistische Vor-sprüche machen, und zum Solidarität üben ist jetzt die beste Gelegenheit bei den kommenden großen Kämpfen um den Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung. — Also ihr Herren Beamten, heranzur Einheitsfront, es geht um die Existenz unserer Familien und nicht zuletzt um die der Republik. Der Betriebsrat: J. A. V i t t e r i c h.

Die Lumpenbühnung

Das Notgeld der Stadt Eisenberg in Thüringen wartet mit einem hübschen Mißspruch auf. Er lautet: Papier, Papier, nichts als Papier, Bei Weitem bis nach Schwaben, Weil wir im teuren Vaterland Die vielen Lumpen haben!

Schade nur, bemerkt dazu die „Freiheit“, daß es den Lumpen, die an unserem Elend schuld sind, ebenso gut geht, wie uns schlecht. Sie üben übrigens nicht nur im „Vaterland“, sondern auch im Ausland, z. B. in Schloß Doorn. Und sie haben es nicht gemollt, und die Front ist „erdolcht“ worden, und es war überhaupt alles ganz anders, als das irreführende Volk glaubt! ... Schade, schade! Ihr hättet die Lumpen in die Lumpenmühle schicken sollen, als es noch Zeit war, siebe Eisenberger, doch damals habt ihr Kriegsangelegenheiten und die Höhenbilder der Hauptlinie vernachlässigt. Aber es ist trotzdem nett, was ihr da auf euer Geld gedichtet habt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Friedrich Sotter von hier, Kaufm. hier, mit Minnie Anaus von Mannheim. Jakob Schick von Bensberg, Kaufm. hier, mit Luise Walz von hier. Frdr. Simon von Münster, Bankprokurist hier, mit Hedwig Michel von Merzheim. Wilhelm Mai von hier, Heimmed. hier, mit Rosa Deßner von hier. Alfred Baibel von Rhina, Fab.-Arb. hier, mit Luise Hoesel von Wilsion. Oskar Tüster von hier, Verj.-Beamter hier, mit Emma Kullmann von Balldorf. Karl Clormann von hier, Buchbinder und Prügmeister hier, mit Magdalena Wöglisch von Stadelhofen. Dr. Josef Schulle von Münster, Chemiker in Hamburg, mit Margaretha Heil von Buchlag.

Todesfälle. Gustav, alt 6 Mon. 19 Tage, Vater Gust. Binzels, Wiegner, Kath. Müller, alt 40 Jahre, Witwe des Schneiders Georg Müller. Wilh. Engel, Privatier, Chemann alt 68 Jahre. Adolf Sommer, Kaufm., Chemann, alt 83 Jahre. Karoline Bürz, alt 37 Jahre, Ehefrau von Hilfsdiener August Bürz. Friedrich Ackmann, alt 69 Jahre, Ehefrau von Heinz Ackmann, Schuhmachmeister. Martha, alt 15 Jahre, Vater Karl Dohpp, Eisenbahn-Schaffner. Karl Neu, Schlosser, alt 17 Jahre. Kath. Schaller, alt 37 Jahre, Ehefrau von Gustav Schaller, Schmied. Barbara Schuler, alt 73 Jahre, Witwe von Karl Schuler, Schuhmann. Wilhelmine Keller, alt 63 Jahre, Witwe von Frdr. Keller, Wagner. Sofie Böhler, alt 86 Jahre, Witwe von Frdr. Böhler, Dachdeckermeister. Anna Hofmann, Briv. Lebia, alt 66 Jahre.

Zur Brotpreisänderung

Seit gestern sind die erhöhten Brotpreise in Kraft getreten. 172 M für eine vierköpfige Familie beträgt die jährliche Mehrbelastung durch die Brotpreisänderung für die rationierten Mengen. Diese betragen pro Kopf und Woche 1750 Gramm Brot und 200 Gramm Roggenmehl, wofür man bisher 5 Brotscheiben zu 2 M erhielt. Die wöchentlichen Ausgaben betragen demnach hierfür zusammen pro Kopf 6,20 M. Nach den neuen Brotpreisen macht eine wöchentliche Ausgabe aber 8,95 M pro Kopf. Das ist ein Mehr von 2,75 M mal 4 Köpfe = 11 M mal 52 Wochen macht 572 M im Jahr. Für jede weitere Person im Haushalt erhöht sich der Mehrbetrag um 143 M jährlich. Während die bisherigen Ausgaben für rationiertes Brot (obige Portion) bei einer vierköpfigen Familie jährlich 1289,60 M ausmachten, betragen sie zukünftig 1861,60 M, was ein Fünftel bis ein Fünftel des Jahreseinkommens der weitaus meisten Familien übersteigt. Die Summe dürfte sich in Wäde noch wesentlich erhöhen. Auf die Zuweisung des rationierten Roggenmehls ist nach Bekanntmachungen in anderen Städten nur noch für einige Monate zu rechnen, wie lange die rationierten 1750 Gramm Brotmengen beibehalten werden können, ist völlig ungewiß, da die 2 1/2 Millionen Tonnen Umlagegetreide hierfür nicht ausreichen. Die Bevölkerung wird ab dann zu dem marktfreien Brot greifen müssen, das unter 2,75 M bis 3 M pro Pfund nicht zu haben sein wird. Das Volk wird nun bald erfahren, was das Wort Weltmarktpreis bedeutet, nach dem die ganze Kapitalistenklasse schon so lange geflücht ist.

Die Polizeistunde im Reich. Durch Kabinettsbeschluss wurde § 3 der Bundesratsverordnung, betreffend die Ersparris von Brennstoff und Beleuchtungsmitteln, aufgehoben, die Polizeistunde ist grundsätzlich auf 12 Uhr festgesetzt worden. Jedoch sollen einzelne Ausnahmen gestattet sein. Ueber die Art und den Umfang dieser Maßnahme schreiben sich Verhandlungen mit den einzelnen Ländern.

Abrechnung. Professor Dr. Ing. Richard Wöhrl, der Oberingenieur des Maschinenwesens der Grün- u. Wilfinger- u. G. Mannheim hat die Berufung auf eine ordentliche Professur vom Maschinenwesen an der technischen Hochschule Karlsruhe abgelehnt. — Dem Lehrkörper der technischen Hochschule Karlsruhe wird er aber auch weiterhin angehören.

Papierpreisrückgang bei Postkarten. Die von der Postverwaltung neu ausgegebenen Postkarten tragen neben den Wertzeichen den Aufdruck „Papierpreisrückgang 5 Pf.“. Dieser Zuschlag ist bekanntlich seit März d. J. eingeführt und soll der Postverwaltung einen Ausgleich dafür bieten, daß sie dem Versender auch den Kartenordner zur Anbringung der Wertzeichen liefert, denn die eingedruckte Marke stellt nur die Gebühr für die Beförderung der Karte nach dem Postgebührengesetz dar. Der Papierpreisrückgang von 5 Pf. enthält nicht nur die Kosten des Papiers, sondern auch alle sonstigen Aufwendungen, die bei der Herstellung der Postkarte, abgesehen von dem Aufwand des Wertzeichens, entstehen.

So leben wir! So leben wir... Wie man überall lesen kann, berechnet der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Prof. Dr. Silbergleit, die Kosten des Ernährungsbedarfs folgendermaßen: „Ein Ernährungsbedarf muß im Juli 1921 wöchentlich für Ernährung 59,75 M aufwenden (gegen 56,85 im Vormonat, 62,35 M im Juli 1920, 26,55 M im Juli 1919). Der Wochenbedarf einer Familie, bestehend aus Mann und Frau betrug 108,50 M gegenüber 102,83 im Vormonat d. i. eine Zunahme um 5,72 Prozent. — Daraufhin hat ein ganz Schlaues folgende ungeschickliche Postkarte der „Frank. P.“ zugedacht: „Dürfte ich mir die Anfrage erlauben, ob Herr Prof. Dr. Silbergleit bereit ist, mich zu obigen Sätzen in Vertretung zu nehmen. Hochachtungsvoll E. J.“ Wir zweifeln auch nicht einen Augenblick, daß Prof. Silbergleit dem nimmermatten Manne E. J. das zu obigen Preisen esbällische Existenzminimum in — Kalorien (d. h. Wärmeinheiten) zuführen wird. Schon um ein Exemplar zu statulieren. Wir raten aber Herrn E. J. entschieden ab, sich zum Verjudscharnikel für Kalorien herzugeben. Eine Kalorie ist kein Paprika-schnitzel.

Stadtgartenkonzert. Heute abend findet bei gutem Wetter von 8 bis 11 Uhr wieder eines der beliebtesten volkstümlichen Abendkonzerte zu erhabenstem Eintrittspreise statt, zu welchem die Feuerwehrlinien mit einem genutzreichen Programm aufwartet.

Valuta-Bericht vom 16. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 6,65 Cts. Auszahlung Holland notierte 23,87 M pro holl. Gulden. Auszahlung England notierte 34 1/2 M pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 6,66 M pro franz. Frs. Auszahlung Rußland notierte 91 M pro Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. August 1921

Das Tiefrückgebiet über Irland breitet sich leider über dem Festland aus. So steht Deutschland heute noch unter dem Einfluß des Hochrückgebietes über Rußland, jedoch in unserm Gebiet heiteres, trockenes Wetter herrscht. Das Tiefrückgebiet wird erhebliche Niederschläge bringen. — Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, 18. Aug. nachts: Volkig, meist trocken, Temperatur wenig verändert.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 145, gef. 15; Reßl 262, gef. 12; Maxau 398, gef. 2; Mannheim 278, gef. 11 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Wilhelmsfest bei Heidelberg, 16. Aug. Der 20jährige Arbeiter Jakob Schuberl fuhr auf steil abfallender Straße mit seinem Fahrrad in einen Kraftwagen und wurde so schwer verletzt, daß er starb. Gegenbach, 16. August. Kartoffelausläufer. Wie die „Volksmacht“ berichtet, treiben sich in der biesigen Gegend Kartoffelausläufer herum, die sogar bis zu 300 M für den Zentner Kartoffeln geboten haben sollen. Soffentlich wird diesem unverantwortlichen Treiben bald ein Ende bereitet werden. Mingen, 16. August. Der Fremdenverkehr in Südbaden, besonders im Schwarzwald hat bekanntlich in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen. Die Behörden bemerken, daß dabei vielfach die Polizeivorschriften nicht beachtet werden und daß Ausländer ihre Reisen über ihre Einreisegenehmigung hinaus ausdehnen. Das Ministerium des Innern hat, da schon mit Rücksicht auf die verstärkte Zenerung eine gewisse Befestigung des Fremdenverkehrs notwendig ist, angeordnet, daß diese Befestigung nachgeprüft werden, Ausländer, die ohne gültige Reisepapiere getroffen werden, werden bestraft und ausgewiesen.

Der Verband deutsche Briefstaubensüchttervereine legt für das Jahr 1921 für den Abschluß der Briefstaubens schädlichen Raubvogel, wie Wanderfalken, Fühnerhabichte und Sperber, wofür eine Belohnung von 10 M für jedes Paar Fänge aus-

Diese Belohnung wird Ende Dezember 1921 ausbezahlt. Die beiden Fänge der Raubvögel sollen bis spätestens Ende November dem Generalsekretär des Verbandes, Dordelmann in Hannover-Linden frei zugestellt werden.

Vorsicht beim Einrichten von Baumfrüchten. Die Nähe von oberirdischen Telegraphen- und Fernsprechanlagen wird beim Einrichten von Baumfrüchten oft zu wenig beachtet. Bei Berührungen und Verschlingungen der Leitungsdrähte wird durch Telegraphen- und Fernsprechtsbetrieb ganz erheblich gestört. Bei der kommenden Obsterntezeit ist also größte Vorsicht geboten, zumal derjenige, der fahrlässigerweise den Betrieb einer öffentlichen Telegraphenanlage hindert oder gefährdet, mit Gefängnis- oder Geldstrafe belegt wird.

Neue Finanzämter. Nach Mitteilung des Präsidenten des Landesfinanzamtes wurden auf 15. Juli 1921 in Bretten und auf 1. August d. J. in Achern Finanzämter im Sinne der Reichsabgabenordnung errichtet.

Zur dritten Klasse der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie liegen bei den staatlichen Lotterierechnern die Neulose gegen Vorzeigung der Vorlosse bereit. Die Erneuerung der Lose und die Abforderung der Erlöse muß bei Verlust des planmäßigen Anspruchs bis zum Mittwoch, 24. August, abends 6 Uhr, geschehen. Die Ziehung der 3. Klasse beginnt am Dienstag, 30. August.

Parteigenossen! Stärkt den Wahlfond!

Soziale Rundschau

Freiburg, 16. Aug. Hier fand eine Besprechung der Kriegskindern des badischen Oberlandes statt, in der darauf hingewiesen wurde, daß durch die starke Konfurrenz die Kriegskindern, die meist die Wärschen- und Korbmacherer gelernt haben, fast keine Arbeit und keine weiteren Einnahmen haben. Es wurde beschlossen, den Bundesverband aufzufordern, sofort bei der Reichsregierung eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu verlangen, dadurch, daß die Steuerungsfrage, die zurzeit nur 35 Prozent beträgt, auf den Prozentfuß festgesetzt werde, wie er den Beamten gewährt wird.

Rekte Nachrichten

Einberufung des Parteitages zum 18. September

Laut „Vorwärts“ hat der Parteivorstand der S.P.D. den nächsten Parteitag der sozialdemokratischen Partei auf den 18. September (Sonntag) nach Oerlich einberufen. Dasselbe findet tags zuvor eine Reichsfrauenkonferenz der sozialdemokratischen Partei statt.

Die bayerische Regierung und der Getreidewucher

München, 16. Aug. Der Ministerrat hat sich gestern in mehrstündiger Beratung mit der gegenwärtigen Lage des Getreidemarktes und mit den Maßnahmen beschäftigt, die zur Befreiung der eingebrachten Lebensmittel allenfalls getroffen werden sollen. Da die mit der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen bis zum Augenblick noch nicht zum Abschluß gekommen sind, wurde die Beschlußfassung vorläufig ausgesetzt. Die Verhandlungen sollen durch einen Vertreter des Landwirtschaftsministeriums heute in Berlin mündlich zu Ende geführt werden. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird das weitere Vorgehen der bayerischen Regierung abhängen, über das grundsätzliche Uebereinstimmung im Ministerrat erzielt worden ist.

Keine Ausnahme für Bayern

München, 17. Aug. Wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ mitteilen, hat die Reichsregierung auf das Telegramm des bayerischen Ministerpräsidenten von sehr betr. Beschränkung der bayerischen Getreideausfuhr ablehnend geantwortet. Es werden in der Antwort nochmals ausdrücklich die Gründe dargelegt, die es der Reichsregierung unmöglich erscheinen lassen, den Wünschen der bayerischen Regierung zu entsprechen.

Ein französischer Armeebischof nach Mainz

Mainz, 16. Aug. Die Ankunft des Armeebischofs für die französische Rheinarmee, der seinen Sitz in Mainz erhalten soll, wird demnächst erfolgen. Zurzeit werden die Räume für ihn bereit gestellt. Man ist in Mainz über diese neue Belastung des Wohnungsmarktes erbittert, denn dem Bischof soll ein umfangreicher Verwaltungsapparat nach Mainz folgen, der viele Räume beansprucht. Die Schaffung dieses Postens bildet eine neue weitere Erhöhung der Belastungskosten und es wird gefragt, ob der Armeebischof auch die 10 000 Markigen zu betreiben haben wird oder ob diese demnächst auch noch einen mohammedanischen Seelsorger auf Kosten Deutschlands verlangen werden.

Der Eisenbahnerstreik in Kassel beigelegt

Kassel, 16. Aug. Zwischen der Eisenbahndirektion und den Vertretern der Arbeiterorganisationen und Bezirksbetriebsräten fanden heute Verhandlungen statt, in denen man sich dahin einigte, daß die Arbeit am 17. Aug. früh überall aufgenommen wird.

Eine Revolte gegen Ungarn

Berlin, 16. Aug. Die „Völkische Zeitung“ bringt mehrere Meldungen aus Fünfkirchen, denen zufolge in dem von den Südslaven zugunsten Ungarns zu zählenden Gebiete eine Revolte gegen Ungarn ausgebrochen ist. In Fünfkirchen soll nach der einen Meldung in Gegenwart von 50 000 Menschen die serbisch-ungarische Republik von Baranya proklamiert worden sein. Die Republik wünscht das Protektorat der eigenen Entente. Die Proklamation der Republik sei der Entente-Kommission in Belgrad mitgeteilt worden. Es sei beabsichtigt, für den Einzug der ungarischen Truppen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Die Nennung des Gebietes durch die südslawischen Truppen verzögere sich, südslawische Freiwillige kämen der neuen Republik zu Hilfe.

Streik und Aussperrung

Berlin, 16. Aug. Hinter dem Streik der Eisenbahnarbeiter des Bezirks Kassel stehen die lokalen Instanzen der Eisenbahnarbeitergewerkschaften. Der Hauptverband des Eisenbahnverbandes in Berlin hat einen und das Reichsverkehrsministerium zwei Vertreter nach Kassel entsandt zur Schlichtung des Lokalkonflikts. Es ist anzunehmen, daß der Streik morgen erloschen sein wird.

Bremen, 16. Aug. Die Direktion der A.-G. Weser hat mehrmals dringende Ermahnungen an die Arbeiterschaft

gerichtet und auf die schweren Folgen einer Arbeitsverweigerung hingewiesen. Die Arbeiterschaft trat darauf zu einer Betriebsversammlung zusammen, in der beschlossen wurde, heute in den Streik zu treten. Die Direktion hat daraufhin beschlossen, die Arbeiterschaft reißlos zu entlassen.

Heidelberg, 16. Aug. In der Waggonfabrik S. Fuchs A.-G. ist es zu Lohnänderungen gekommen. Die Forderungen der Arbeiterschaft auf 1,70 M und 2 M Feuerungszuschläge für die Stunde wurden laut „Heidelberger Neuest. Nachr.“ von der Direktion abgelehnt. Die Feuerungszuschläge von 60 und 80 Pf. für die Stunde anbot. Die Arbeiterschaft lehnte überhies diesen Vorschlag ab und hielt während der Arbeitszeit eine Versammlung im Betrieb ab, worauf die Fabrikleitung den Betrieb stilllegen ließ. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In der Fabrik werden über 2000 Arbeiter beschäftigt.

Kassel, 17. Aug. In einer hier abgehaltenen Metallarbeiterversammlung wurde der Beschluß gefaßt, für den kommenden Freitag in der Probings-Sachen den Ausstand zu proklamieren, falls bis Donnerstag nachmittag von den Arbeitnehmern in der Lohnfrage keine Zugeständnisse gemacht sind.

Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler

Berlin, 17. Aug. (Privattelegr.) Gestern nachmittag fand eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler statt, an der sämtliche Fraktionen außer der Deutschnationalen und der Kommunisten teilnahmen. Es wurde die allgemeine innen- und außenpolitische Lage erörtert. Unter den zur Debatte stehenden Tagesfragen nahmen die oberstelektische Frage und namentlich die großen Steuererlässe einen besonders breiten Raum ein. Dem „Vorwärts“ zufolge sei man darüber einig gewesen, daß für die augenblickliche Feuerung ein Ausgleich durch besondere Feuerungszuschläge für Beamte und Arbeiter geschaffen werden müsse. Ueber den Zusammentritt des Reichstages zwischen der Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten vereinbart worden, am 6. September, dem ursprünglich vorgesehenen Termin, festzuhalten und wegen der oberstelektischen Frage keine Zwischenabstimmung abzugeben. Für den Fall, daß die Steuererlässe am 6. September noch nicht vorliegen sollten, sollen die Feuerungszuschläge für die Beamten und Staatsangestellten besprochen werden.

60 000 Flüchtlinge in Konstantinopel

Paris, 16. Aug. Nach einer Meldung des „Intendant“ aus Konstantinopel trifft dort eine immer größere Zahl von Flüchtlingen aus den von den Griechen besetzten Gebieten Kleinasiens ein. Augenblicklich befinden sich 60 000 Flüchtlinge in Konstantinopel, deren Elend groß ist. Man befürchtet die Einschleppung von Cholera und Pest. Zwei Cholerafälle seien schon festgestellt worden. Es wurde deshalb die Impfung der ganzen Bevölkerung mit Serum beschlossen.

Generalstreik in Konstantinopel

Paris, 16. Aug. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Chicago Tribune“ meldet, daß dort der Generalstreik ausgedehnt sei. Die aktierten Vertreter sind überzeugt, daß die Agitation unter den Eisenbahn-Elektrizitätsarbeitern und Straßenbahnern, den Arbeitern der Wasserwerke und den Industriearbeitern auf bolschewistische Propaganda zurückzuführen sei. Die Demonstranten bewegten sich mit roten Fahnen durch die Stadt. Im Arsenal unterdrückten türkische Truppen einen Aufstand. Die Arbeiter erklären, der Streik habe keinen politischen Hintergrund.

Noch 85 Kriegsgefangene in Avignon

Paris, 17. Aug. Nachdem, wie bereits gemeldet, aus dem Gefangenenlager von Avignon 40 noch immer gefesselte Deutsche, Bulgaren und Türken frei gelassen worden sind, bleiben noch immer 85 Kriegsgefangene in diesem Lager.

Die Flucht aus Rußland

Berlin, 17. Aug. Wie die politischen Wäiter melden, sind die Gouvernements Minsk und Mählow von hungernden russischen Flüchtlingen überfüllt, die über die Grenze zu drängen versuchen. Es ist bereits mehreren Tausend gelungen, die Grenze zu überschreiten.

Eröffnung des irischen Parlamentes

Dublin, 16. Aug. Das irische Parlament wurde heute vormittag unter gewaltigen Kundgebungen der dichtgedrängten Volksmassen eröffnet. Den irischen Führern wurden begeisterte Südhingungen dargebracht. Devalera führte in seiner Rede aus, nur auf der Grundlage der Anerkennung der Republik könne die Regierung mit einer auswärtigen Macht verhandeln. Wir stehen fest auf diesem Grundsatze, so erklärte Devalera, und sind bereit, für ihn zu sterben, falls es nötig ist.

Kommunistische Delegierte in Moskau verhaftet

P. P. A. Moskau, 15. Aug. In das Moskauer Wuhra-Gefängnis sind zwei finnische, drei jugoslawische, ein amerikanischer, ein englischer und ein deutscher kommunistischer Delegierter zum Kongreß der kommunistischen Internationale eingeliefert worden, weil sie auf dem Kongreß ungewünschte Material vorgebracht hätten.

König Peter gestorben

Belgrad, 17. Aug. König Peter ist, nachdem sich der Zustand schon in der vergangenen Nacht verschlechtert hatte, gestern gestorben.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Elfer; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Preis zu 4 Helten Wkt. 1.50 die Helte Vereinsanzeiger Wkt. 5 u. mehr Helten Wkt. 7.50 die Helte Weranhangsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.

Kehl. (Arbeiter-Stafffahrerverein Freitag auf!) Am Samstag, 20. August, 8 1/2 Uhr abends, in der Vereinigung Mitgliederversammlung, Volljähriges Erscheinen Aller ist unbedingt notwendig, da Festkommission erweitert werden muß. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiterverband, Bauschloßer und Schmiede.) Am Donnerstag, den 18. August, nach Feierabend Bauschloßer- und Schmiedeverammlung in der „Gambetrinshalle“. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedspruch betr. Löhnerhöhung. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. 5567. Die Vorstandleitung.

Beingarten. (Sozialdem. Verein.) Freitag abend 8 Uhr Parteiversammlung im „Nöthe“ mit Vortrag des Gen. Schöpslin über „Die wirtschaftliche und politische Lage“. 5568 Vorstand.

STADTGARTEN
Mittwoch, den 17. August, abends von 8 bis 11 Uhr
(Nur bei gutem Wetter)
Volkstümliches Abend-Konzert
(Feuerwehr-Kapelle)
Eintritt (armüßiger): 50 Pf. (Jahreskarten), 1 Mk. (Sonstige), Kinder je die Hälfte. Kartenverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 1890

STADTGARTEN
Samstag, den 20. August, abends 8 bis 11 Uhr
KONZERT
(Musikverein Karlsruhe).
Um 9 Uhr abends:
Brillant-Feuerwerk
ausgeführt v. Feuerwerkstechniker Fischer, Clebronn.
Bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen.
Eintrittspreise: 2 Mk. (Jahreskarten), 3 Mk. (Sonstige), einschließl. Lustbarkeitssteuer. Kinder je die Hälfte.
Gesamtprogramm 60 Pfg.
Bootsbenützung während des Feuerwerks (9 bis 10 Uhr) 5 Mk. für die Person.
Vorverkauf von Eintrittskarten: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. Bootskarten nur an der Schalterkasse westlich der Festhalle.
Zugang am Festabend ausser den beiden Eingängen Nord und Süd auch auf der östlichen Seite der Festhalle.
Belegen von Plätzen verboten.
Im Falle schlechten Wetters findet das Konzert in der Festhalle statt, während das Feuerwerk im Garten gleichwohl abgebrannt wird. In diesem Falle wird das Publikum zum Beginn des Feuerwerks durch ein Trompetensignal in den Garten gerufen.



FLAMMER
Tafel- und Trisphosphat
HERSTELLER KRAEMER & FLAMMER HEILBRONN

Kartoffeln
Pfd. 95 Pfg.
Zentner M. 93.—
empfiehlt 5569
Bucherer
Tel. 392.

Verbrauchsregelung
für das zur planmäßigen Versorgung bestimmte Getreide und Mehl in der Stadt Karlsruhe im Wirtschaftsjahr 1921/22 auf Grund der Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1921.
Gültig ab 16. August 1921.

1. Die mit der Ausgabe von Brot und Mehl beauftragten Bäckereibetriebe dürfen Brot oder Brotmehl nur gegen die vom Kommunalverband ausgegebenen Brot- oder Mehlmarken oder gegen Mehlbrotmarken an die Verbraucher verabfolgen.
Die Brotmarken müssen während des auf den Marken aufgedruckten Zeitabschnittes eingeleitet werden.
Verfallene Marken sind für die Bäckereien und für die Verbraucher ungültig.
Nachdruck, Verfälschungen oder Veränderungen von Brotmarken gelten als Verstoß gegen die Anordnungen.
Unrechtmäßige Beschaffung und Verwendung von Brotmarken ist strafbar, Verletzung an andere Personen ist nicht gestattet.
Verlorene oder vorzeitig verbrauchte Marken werden nicht ersetzt.

2. Die Auswahl unter den Bäckereibetrieben zum Bezug des zur planmäßigen Versorgung bestimmten Brotes und Mehles steht den Haushaltungen frei.
Für die Zuteilung des zur planmäßigen Versorgung bestimmten Mehles an die Bäckereibetriebe ist die Menge der abgelaufenen und rückerrechneten Brotmarken maßgebend. Das Mehl wird durch Vermittlung der Gesellschaft für die Versorgung der Stadt Karlsruhe nach Weisung des Kommunalverbandes an die Bäckereien abgegeben.
Die Bäckereibetriebe dürfen zur Herstellung des zur planmäßigen Versorgung bestimmten Brotes nur die ihnen vom Kommunalverband zugewiesenen Mehle und nur in der ihnen zugewiesenen Mischung oder in dem vom Kommunalverband bestimmten Zuteilungsverhältnis verwenden. Die Verwendung dieses Mehles außerhalb der planmäßigen Versorgung ist verboten.
Brot wird im Kommunalverbandsbezirk Karlsruhe-Stadt in Laiben von 1500, 750 und 100 Gramm gebacken. Das Gewicht gilt für den Tag nach der Herstellung. Der Preis wird vom Kommunalverband festgesetzt und öffentlich bekannt gemacht.

3. Für Kranke wird Weißbrot und Zwieback in den dazu bestimmten Bäckereien gebacken und gegen Krankenscheinmarken abgegeben. Bezugsberechtigt sind Kranke, denen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses Krankenschein ausgestellt wurde.
Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften finden die Strafbestimmungen der R.G.O. Anwendung.
Karlsruhe, den 15. August 1921.
Für den Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.
Das Bürgermeisteramt.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe
Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr, im „Eichent“, Kaiserstraße 42
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Das neue Parteiprogramm. Referent: Genosse Hauptlehrer Häbler.
2. Beratung der Anträge zum deutschen und badischen Parteitag.
3. Wahl der Delegierten zum badischen Parteitag.
Hierzu sind die Genossinnen und Genossen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.
NB. Anträge zu beiden Parteitagen sind vor Beginn der Versammlung beim Vorsitzenden einzureichen.

Gesangverein Harmonie
(Gemischter Chor). 5563
Mittwoch den 17. August Singstunde.
abends 8 Uhr
Vollständiges und pünktliches Erscheinen Pflichtsache.
Der Vorstand.
Damen und Herren, welche Lust haben im gemischten Chor mitzumachen, werden gebeten, sich pünktlich im Lokal zur „Kaisersburg“, Akademiestr., einzufinden.
Der Obige.

Gemeinde-Sparkasse Gaggenau
Rathaus Zimmer 5.
Neu eröffnet 16. Juli 1921.
Annahme von Spargeldern zu 4% verzinslich von dem der Einzahlung folgenden Tage.
Aufbewahren von Wertpapieren aller Art in feuersicheren Tresoren.
Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr.
Giro-Einlagen werden mit 3 1/2% vorzinst.
Kassenzinsen: Vormittags 9-12 1/2 Uhr. 1636
Nachmittags 3-5 Uhr.

Karosserie-Lackierer
Karosserie-Blechler
2-3 perfekte Wagenfettler.
Benzwerke Gaggenau
in Gaggenau (Murgtal). 1844

Die kluge Hausfrau
wartet nicht länger, sondern kauft die nötigen
Einkochgläser
Einkochapparate usw.
umgehend bei 4561
C. F. Werner, Eisenhandlung
Gaggenau
Nur Deglersstrasse 3.

Blaue Arbeits-Anzüge
Drill-Anzüge
Kräftige Arbeits-Hosen
Fein Tuch-Hosen
in großer Auswahl zu billigen Preisen
Levy
An- und Verkaufsgeschäft
Markgrafenstr. 22.
Telephon 2015. 5420

Kleider, Schuhe
Wäsche, Möbel, kaufen Sie am billigsten im An- u. Verkaufsgeschäft
Glatzer, Jahrgängerstrasse 53 a, Teleph. 3488.

Deckbett mit Rippen
Woll, Reil, Matras, versch. Bett- und Tischwäsche billig abzugeben bei
Agelrad, Eisenweinst. 32, 2. Stof. 5560

Den Befehl mit Heu und Stroh betr.
Mit Rücksicht auf den infolge der Trockenheit hervorgerufenen Mangel an Futtermitteln und die Preissteigerung im Verleiche mit Heu und Stroh wird hiermit die Ausgabe von Heu und Stroh aus dem Lande Baden nach anderen beständigen Staaten von der Genehmigung durch die badische Landesversorgungsstelle abhängig gemacht. Die Genehmigung erfolgt in der Weise, daß die badische Landesversorgungsstelle, soweit der Verband mit der Bahn erfolgen soll, den Frachtbrief mit einem entsprechenden Genehmigungsvermerk versehen und soweit eine andere Art der Beförderung gewählt wird, einen Beförderungsschein erteilt.
Karlsruhe, den 12. August 1921.
Bezirksamt. D. 3. 120

Rich. Kittel
Uhrmacher-Meister
Am Stadtgarten 1, Hauptbahnhof
Telephon 2540. 3850
Moderne Zimmer-Uhren.
Billigste Bezugsquelle.
Größte Auswahl.
Reparatur - Werkstätte.

Speise-Kartoffeln
90 M. je Zentner
Futter-Kartoffeln
40 M. je Zentner
(Mindestquantum 1 Zentner), verkauft solange Vorrat reicht 5558
Verfuchs- und Lehrgut Forstheim
beim Staatsbahnhof Forstheim.

Stadt. Konzerthaus
Mittwoch, 17. August
7 bis geg. 10 Uhr. 4. 12. 20
Die Geisha.

„Apollo-Theater“
Täglich abends 8 Uhr:
Vorstellung
Singspiel-Gesellschaft
Adi Walz. 5558

Wohnungstausch
Nürnberg-Karlsruhe
Schöne 3- oder 5-Zimmerwohnung mit Küche, Bad und sämtlichem Zubehör in Nürnberg gegen ebensolche in Karlsruhe zu tauschen gesucht.
Erferten auf Nr. 5564 an das Volksfreundbüro erbeten.

Drill-Anzüge
und
feldgraue Hosen
in allen Größen offeriert
billig! 5093
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747

Diwan!
neue in Stoff und Woll für 500 u. 750 M. zu verkaufen. Solfernobelhaus Adler, Schützenstraße 25

Zu verkaufen
zwei noch gut erhaltene Anzüge für 16-18jährige Herren. J. Gemahl, Eidenstraße 21. 5587

Bilder
mit Rahmen, große Auswahl, billig!
Schlafers Kunsthandlg., Kaiserstraße 38.

Briefmarken-Sammlung, ca. 1000 Stk., darunter sehr alte, zu verk. Gartenstadt, Herberweg 32 Anz., abends 8 bis 10 Uhr ab.

Rastatter Anzeigen.
Den Vollzug des Weingeetzes betr.
Gemäß § 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 7. April 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 393) machen wir darauf aufmerksam, daß die Befugnis, Erwerbennachweise, Koff oder Wein zu kaufen, unter Benützung der in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu § 3 Abs. 4 des Gesetzes vorgezeichneten Marken bei Vermeidung der in § 29 Abs. 2 und § 30 des Gesetzes angeordneten Strafen bei diesseitiger Stelle schriftlich anzugeben ist.
Karstadt, den 11. August 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Baden-Baden.
Gebrauchte Frucht- u. Kartoffelsäcke
Verkauf nachmittags von 2-5 Uhr in den ehemaligen Kassen 4 und 5 im Rdt. Park, Seitenstr. 1 (Samstags geschlossen). 1864
Lebensmittelamt.

Bruchsaler Anzeigen.
Brot- und Mehlpreise.
Mit Wirkung vom 15. August d. J. an werden für den Bezirk des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt für das rationierte Brot und Mehl folgende Preise festgesetzt:
Brot:
der große Laib (1500 Gramm) 5.40 M.
der kleine Laib (750 Gramm) 2.70
Der Preis für Weißbrot aus rationiertem Mehl im Gewicht von 100 Gramm darf 60 Pfg. für ein Stück nicht übersteigen.
Mehl:
Koggenmehl (85%ig) das Pfund ohne Düte 2.— M.
Weizenmehl (80%ig) 2.20
Gerstenmehl (75%ig) 2.—
Krautermehl 2.50
Rohmehl 2.10
Bruchsal, den 13. August 1921. 1866
Kommunalverband Bruchsal-Stadt

Kohlen-Ausgabe.
Ab 19. August werden bei nachstehend angeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarken August 1921, Abschnitt 1, für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:
Bei 3. Bechtold:
An die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 200 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
Bei E. Oberhardt:
An die Kunden von Nr. 401 bis Nr. 545 und von Nr. 1 bis Nr. 166 je ein Zentner Anthr.-Kohlen und 1 Zentner Braunkohlenbrikett.
Bei Kambich & Weder:
An die Kunden von Nr. 361 bis Nr. 650 je ein Zentner Eiform- und ein Zentner Braunkohlenbrikett.
Das Brennmaterial muß bis zum 26. August abgeholt sein, andernfalls baselnde an weitere Kunden abgegeben wird. Auf Wunsch wird das Brennmaterial den Kunden durch die Kohlenhandlungen zugeführt.
Ortskohlenstelle Bruchsal. 1867

Verlangen Sie überall

RIEMPP
ist geröstet.

Kaffee
versch. Preislagen
offen u. abgepackt

Mischung
mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete.
Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
1/4 Pfd. Pakete.

CHRISTIAN RIEMPP
KARLSRUHE
KAFFEE-IMPOR-GROSSHANDEL
COLONIALWAAREN-GROSSHANDEL
ESSIG- u. SENFFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN

Sie erhalten Qualität!
Rastatt. Rastatt.
Verkauf von
Alt- u. Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Neu-Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Baden-Baden.
Gebrauchte Frucht- u. Kartoffelsäcke
Verkauf nachmittags von 2-5 Uhr in den ehemaligen Kassen 4 und 5 im Rdt. Park, Seitenstr. 1 (Samstags geschlossen). 1864
Lebensmittelamt.

Bruchsaler Anzeigen.
Brot- und Mehlpreise.
Mit Wirkung vom 15. August d. J. an werden für den Bezirk des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt für das rationierte Brot und Mehl folgende Preise festgesetzt:
Brot:
der große Laib (1500 Gramm) 5.40 M.
der kleine Laib (750 Gramm) 2.70
Der Preis für Weißbrot aus rationiertem Mehl im Gewicht von 100 Gramm darf 60 Pfg. für ein Stück nicht übersteigen.
Mehl:
Koggenmehl (85%ig) das Pfund ohne Düte 2.— M.
Weizenmehl (80%ig) 2.20
Gerstenmehl (75%ig) 2.—
Krautermehl 2.50
Rohmehl 2.10
Bruchsal, den 13. August 1921. 1866
Kommunalverband Bruchsal-Stadt

Kohlen-Ausgabe.
Ab 19. August werden bei nachstehend angeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarken August 1921, Abschnitt 1, für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:
Bei 3. Bechtold:
An die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 200 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
Bei E. Oberhardt:
An die Kunden von Nr. 401 bis Nr. 545 und von Nr. 1 bis Nr. 166 je ein Zentner Anthr.-Kohlen und 1 Zentner Braunkohlenbrikett.
Bei Kambich & Weder:
An die Kunden von Nr. 361 bis Nr. 650 je ein Zentner Eiform- und ein Zentner Braunkohlenbrikett.
Das Brennmaterial muß bis zum 26. August abgeholt sein, andernfalls baselnde an weitere Kunden abgegeben wird. Auf Wunsch wird das Brennmaterial den Kunden durch die Kohlenhandlungen zugeführt.
Ortskohlenstelle Bruchsal. 1867